21.8.1968 Besetzung der CSSR Seite 3

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 34 vom 21. August 1976 10. Jahrgang 50 Pfennig

Westberlin:

Demonstration gegen die Mauer

Wie schon im letzten Jahr rief die Partei auch in diesem Jahr zu einer Demonstration gegen die Schandmauer in Berlin auf. In diesem Jahr beteiligte sich auch die Gruppe Rote Fahne (KPD) an dieser Aktion. Gerade angesichts des blutigen Terrors der Honecker-Clique in den letzten Wochen sprach die Forderung der Demonstranten „Weg mit der Mauer!" vielen Werktätigen im Westen und im Osten Berlins aus dem Herzen. Passanten begleiteten die Demonstration teilweise auf dem Bürgersteig, eine Gruppe von mindestens 50 Menschen hörte bei der Schlußkundgebung zu. Die Werktätigen im Osten Berlins konnten nicht so aktiv ihre Empörung gegen die Mauer zeigen, aber sie standen an den Fenstern, einige winkten der Demonstration zu.

Fortsetzung auf S. 6, Spalte 2



Im Mai 1975 starb der 5jährige türkische Junge Cetin Mert eines grauenvollen Todes. DDR-Grenzer sahen zu, wie er in der Spree ertrank. Sie bargen ihn erst, als er bereits tot war. Über 100 Menschen sind seit dem Bau der Mauer in Berlin das Opfer des sozialfaschistischen Regimes geworden.



Unter roten Fahnen gegen die Mauer in Berlin. Demonstration am 13. 8. in Westberlin.

Krieg dem imperialistischen Krieg

Heraus zum Roten Antikriegstag!

1. September 1939: die Kolonnen der faschistischen deutschen Wehrmacht überrollen die Grenze Polens und marschieren Richtung Warschau. Der 2. Weltkrieg begann. 45 Millionen Tote, 90 Millionen Verwundete und Krüppel, Trümmer, Hunger und Elend — das war der Preis, den die Völker zahlen mußten, weil die deutschen Imperialisten, die Krupp und Thyssen, die eigentlichen Drahtzieher des Hitlerfaschismus, in ihrer skrupellosen Profitgier zu Weltherrschaft griffen, um durch die Ausbeutung anderer Völker und die Ausplünderung der Reichtümer anderer Länder noch größere Profite zu machen. Der 1. September wurde nach dem 2. Weltkrieg zum Roten Antikriegstag, zum Kampftag gegen den imperialistischen Krieg. Und wie steht es am 1. September 1976 um den Frieden in der Welt? — Auf der ganzen Welt kämpfen die beiden imperialistischen Supermächte, der russische Sozialimperialismus und der USA-Imperialismus, um die Weltherrschaft. Kaum mehr als 30 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges hat sich die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges ungeheuer verschärft. Die Hauptkriegstreiber sitzen in Moskau und Washington.

Aber reden denn Washington und Moskau nicht ständig von ihrer Bereitschaft zur Entspannung, finden nicht unaufhörlich Konferenzen über Abrüstung, Begrenzung der strategischen Waffen, über sogenannte Fragen der Sicherheit und Entspannung zwischen ihnen statt? Sicher. Auch Hitler sprach unablässig von seinen friedlichen Absichten. 1938 beteuerte er auf der Münchner Konferenz mit Tränen in den Augen, nun keine territorialen Ansprüche mehr zu haben. Der letzte Parteitag der Nazis, der aufgrund des Kriegsausbruches nicht mehr stattfand, sollte „Reichsparteitag des Friedens" heißen. Heute ist es nicht anders. Breshnew und Ford rühren am lautesten die Propagandatrommel der Friedensdemagogie, während die Sowjetunion und die USA zugleich fieberhaft Kriegsvorbereitungen treffen. 60% der gesamten Rüstungsausgaben in der Welt entfallen heute auf Moskau und Washington. Über 6,5 Millionen Mann halten die russischen Sozialimperialisten und die USA-Imperialisten unter Waffen. 1939, kurz bevor die USA in den Weltkrieg eintraten, gaben sie 1,2 Milliarden Dollar für Rüstungszwecke aus. Heute — „Friedenszeiten" — stecken die Wall-Street-Bosse die kaum vorstellbare Summe von 114,7 Milliarden Dollar in die Rüstung.

Und die Sowjetunion? — Glaubt man den Lügen der modernen Revisionisten, wie sie in der Bundesrepublik von der D„K"P und in Westberlin von der SEW verbreitet werden, so sitzen im Moskauer Kreml



Rote-Antikriegstags-Demonstration 1975

wahre Friedensengel, deren oberste Anliegen Frieden und Entspannung sind. Die Wahrheit aber ist, daß die Kriegsvorbereitungen des russischen Sozialimperialismus alles bisher dagewesene in den Schatten stellen.

Obwohl das Bruttosozialprodukt der Sowjetunion um die Hälfte kleiner ist als das der USA, steckt Moskau noch mehr Geld in die Rüstung als Washington. Für 1977 plant der Kreml einen Militäretat von 117 Milliarden Dollar. Und das sind nur die offiziellen Angaben. Dabei gehen die neuen Zaren im Kreml nach dem Prinzip „Kanonen statt Butter" vor. Während sie für ihre Kriegsvorbereitungen ungeheure Summen ausgeben, wird der Bevölkerung der Sowjetunion seit kurzem ein „fleischloser Tag" in der Woche verordnet. Aus mehreren Provinzen der Sowjetunion wurden bereits Hungerunruhen gemeldet.

Wenn die revisionistischen Verräter der D„K"P/SEW dennoch Lobeshymnen über die „Politik des Friedens und der Völkerfreundschaft" der Kremlzaren singen, zeigt das nur, daß diese Verräter am Kommunismus die zig Millionen von Moskaus Vasallen in Ostberlin nicht umsonst kriegen, sondern, daß sie dafür hier als 5. Kolonne Moskaus arbeiten, um die Wachsamkeit der Werktätigen gegenüber den Kriegsvorbereitungen und Aggres-

Fortsetzung auf Seite 9

Demonstrationen zum Roten Antikriegstag

Die Demonstrationen zum Roten Antikriegstag finden in Hamburg, Hannover, Frankfurt, München, Westberlin und Duisburg jeweils am 28. August statt.

DUISBURG-HAMBORN
Beginn: 10 Uhr, Altmarkt, Parallelstr.
Abschlußkundgebung: 12 Uhr, Duisburg-Marxloh, August-Bebel-Platz.

HANNOVER
Beginn: 9.30, Am Kröpke.

MÜNCHEN
Beginn: 10.30, Kidlerplatz
Veranstaltung: 15 Uhr, Max-Immanuel-Brauerei, Adalbertstr.

Der Beginn der Demonstrationen in den anderen Orten kann in den jeweiligen Parteibüros erfragt werden.

AUS DEM INHALT

SED: DDR-Besucher - "verhetzte Bundesbürger"

Volksverhetzung in faschistischer Manier

Nach der Ermordung des italienischen Lastwagenfahrers Benito Corghi durch Grenzer der sozialfaschistischen Honeckerclique versuchen die Mörder, mit allen Mitteln ihre Spuren zu verwischen. Die zynische Menschenverachtung, die dabei zum Vorschein kommt, die Methode der Drohungen und Erpressungen, die Lügen, der Versuch, aus Schwarz Weiß zu machen und einen Teil unseres Volkes gegen den anderen aufzuhetzen, werfen ein bezeichnendes Licht auf das Regime in der DDR, das sich sozialistisch nennt, aber in Wirklichkeit die faschistische Diktatur der neuen Kapitalistenklasse und ihrer Moskauer Oberherren über die Werktätigen ist.

Unter dem Titel: „Zwischenfall an der Staatsgrenze" brachte das Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland", einen Tag nach dem Mord an Benito Corghi folgende Meldung: *„Am 5. August 1976 gegen 3.45 Uhr näherte sich eine männliche Person, von der BRD kommend, den Grenzsicherungsanlagen in der Nähe der DDR-Grenzübergangsstelle Hirschberg. Trotz mehrmaliger Aufforderung versuchte der Mann, sich der Kontrolle zu entziehen. Dabei wurde er durch einen Schuß verletzt. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe verstarb er. Es handelt sich um den italienischen Bürger Benito Corghi."* So wird ein kaltblütiger Mord zum „Zwischenfall", der gezielte Todesschuß zur Verletzung durch einen Schuß. Mit solchen zynischen Methoden versuchte das Honeckerregime den Werktätigen der DDR Sand in die Augen zu streuen.

Die Ermordung von Benito Corghi löste nicht nur in Deutschland, sondern auch in Italien und anderen Ländern breite Empörung aus. Das Honeckerregime sah sich gezwungen, „Bedauern" zu heucheln und von einer „tragischen Verstrickung" zu sprechen. Zugleich begann in den revisionistischen Blättern eine wilde Propagandakampagne, um aus Schwarz Weiß zu machen. Wenn man den Revisionisten in Ost und West glaubt, dann ist z.B. „Corghis Tod – der Fluch einer diabolischen Hetze" oder wie das „Neue Deutschland" in einem offiziellen Kommentar verbreitete, das Ergebnis einer „Anti-DDR-Kampagne", die von „entspannungsfeindlichen revanchistischen Kräften" in Westdeutschland angefacht worden sein soll. Natürlich ist es eine Tatsache, daß die Morde an der Mauer und der Grenze zur DDR von den westdeutschen Imperialisten zum Anlaß einer zügellosen revanchistischen Hetze genommen wurden. Natürlich haben die westdeutschen Imperialisten, die von einem vereinten Deutschland unter ihrer Vorherrschaft träumen, kein allzu großes Interesse daran, wirklich zu verhindern, daß jemand aus Unkenntnis auf das Gebiet der DDR gerät und damit in die Gefahr, erschossen zu werden. Die Beteuerungen der Trauer und der Empörung aus dem Munde Bonner Politiker sind denn auch nichts als schmutzige Heuchelei von Leuten, die als Geschäftsführer der westdeutschen Kapitalistenklasse im eigenen Land mit Polizeiterror und reaktionären Gesetzen die Errichtung einer offenen faschistischen Diktatur vorantreiben und die Werktätigen unterdrücken.

Aber wer will den kapitalistischen Machthabern in Ostberlin (die sich ein sozialistisches Mäntelchen umgehängt haben) glauben, sie könnten mit der Existenz des westdeutschen Imperialismus und seinen revanchistischen Zielen, die faschistische Diktatur, die sie über die Werktätigen in der DDR errichtet haben, den Mordterror an der Mauer und der Grenze, rechtfertigen? So können nur Leute sprechen, die selbst Faschisten und Imperialisten sind! Mehr noch. In dem oben erwähnten Kommentar des „Neuen Deutschland" wird sogar offen gegen die Werktätigen der Bundesrepublik gehetzt. In Zusammenhang mit der Drohung des Honeckerregimes, den Besuchsverkehr zwischen der Bundesrepublik und der DDR einzuschränken, heißt es dort, „ob es für die Deutsche Demokratische Republik weiterhin zumutbar ist, verhetzten Bundesbürgern in dem Maße Freizügigkeit in der DDR zu gewähren, wie das bisher der Fall ist". Für das sozialfaschistische Honeckerregime sind also die 3,5 Mill. Menschen, die im vergangenen Jahr die DDR besucht haben, „verhetzte Bundesbürger" oder mit anderen Worten potentielle Revanchisten und Provokateure. Was ist das anderes als Volksverhetzung in faschistischer Manier, als der Versuch, den Werktätigen der DDR einzureden, daß ihre Klassenbrüder aus dem Westen ihre Feinde sein sollen? Honecker und Co., die die DDR an die russischen Sozialimperialisten ausgeliefert und die nationalen Interessen des deutschen Volkes schamlos verraten haben, wollen einen Teil unseres Volkes gegen den anderen aufhetzen, um ihren nationalen Verrat in den Herzen und Hirnen der Werktätigen der DDR verankern zu können.

Eine solche Provokation ist zugleich Bestandteil der Kriegshetze der russischen Sozalimperialisten, die hinter Honecker stehen; die Morde an der Grenze sind klare Zeichen seiner Aggressivität, Ausdruck der verschärften Rivalität der beiden Supermächte und der von ihnen beherrschten imperialistischen Militärblöcke, Nato und Warschauer Pakt, in Europa.

Die Supermächte - die größten Waffenhändler

Schahregime kauft für 26 Mrd. DM US-Waffen

Anfang August hielt sich der amerikanische Außenminister Kissinger in Teheran auf, wo er mit dem faschistischen Schahregime einen neuen Waffenhandel vereinbarte. Es geht dabei um nicht weniger als die Summe von zehn Milliarden Dollar (rund 26 Mrd. DM), für die der Schah bis 1980 von den US-Imperialisten Waffen, vor allem Kampfflugzeuge, beziehen will. Schon in den letzten vier Jahren hat das faschistische Schahregime für rund zehn Milliarden Dollar amerikanische Waffen aufgekauft.

Wo auch immer in der Welt es zu militärischen Auseinandersetzungen kommt – dort, wo es gegen die Interessen der Völker geht, wo die Interessen des US-Imperialismus im Spiel sind, da sind auch amerikanische Waffen in allen Größenordnungen zu finden. Sie sind gemeinsam mit dem russischen Sozialimperialismus die größten internationalen Waffenhändler geworden. Entgegen dem Geschrei in Washington und Moskau von „Abrüstung" und „Friedenssicherung" ist dieser Waffenhandel nicht weniger geworden. Im Gegenteil, in dem Maße, wie die Rivalität zwischen den beiden imperialistischen Supermächten USA und Sowjetunion zugenommen hat, hat auch ihr Waffenhandel, an den sie stets wirtschaftliche, politische und militärische Bedingungen knüpfen, eine wachsende Bedeutung bei der Erreichung ihrer Vorherrschaftsinteressen erhalten. Haben die USA 1968 an andere Länder noch Waffen im Wert von 2,68 Mrd. Dollar verkauft, so hat inzwischen allein der jährliche Waffenverkauf an das faschistische Schahregime eine höhere Summe erlangt.

Bevorzugt liefern die US-Imperialisten eben an solche reaktionären Unterdrückungsregimes wie das des Schah, das sich in die Expansionspläne des US-Imperialismus einspannen läßt, das zugleich von seiner geographischen Lage her wichtige strategische Bedeutung besitzt und über reiche Naturschätze verfügt. Das faschistische Schahregime ist in zunehmendem Maße zur waffenstarrendsten Macht im Mittleren Osten geworden. Und diese Waffen dienen keineswegs nur der Zurschaustellung. So sind es in Oman auf der arabischen Halbinsel iranische Truppen, die mit diesen amerikanischen Waffen gegen die Befreiungsfront des Volkes einen konterrevolutionären Krieg führen und versuchen, das reaktionäre Regime des Sultan Qabus aufrechtzuerhalten. Die persische Großbourgeoisie verschweigt auch keineswegs, daß sie Großmachtpläne verfolgt. So äußerte der Schah im Zusammenhang mit den Waffenkäufen, daß der Iran innerhalb von zehn Jahren selbst so stark werden solle wie die Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien. Die Last aber hat das iranische Volk zu tragen, dem die Milliarden für die Großmachtpläne des Schahregimes durch grausame Ausbeutung, Ausplünderung und faschistische Unterdrückung ausgepreßt werden.

Den US-Imperialisten ist es nur recht. Dabei zählt für sie durchaus nicht nur der reine Profit durch den Waffenverkauf. Schon jetzt sind im Iran 24 000 US-Militärspezialisten und nach Schätzung des US-Senats wird sich diese Zahl im Jahre 1980 auf über 50 000 belaufen. Damit sichern sich die US-Imperialisten einen wichtigen Einfluß in allen militärischen Dingen des Schahregimes. Zugleich wurde im Zusammenhang mit den US-Waffenlieferungen auch ein Wirtschaftsabkommen verknüpft, das den US-Imperialisten wachsenden Einfluß auf Irans Wirtschaft gibt und jede amerikanische Ausplünderung des Landes steigert. Das Wirtschaftsabkommen hat einen Umfang von 40 Milliarden Dollar (104 Mrd. DM). Allein die persischen Öllieferungen sollen von 16,4 Mill. Tonnen jährlich auf 24 Mill. Tonnen im nächsten Jahr gesteigert werden.

Dieser Waffenverkauf dient keineswegs der besseren Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes, sondern verstärkt die Fesseln, in die die amerikanische Supermacht dieses Land verstrickt hat.

Offen gesagt ...

... ein Wunder

Die sozialistische Gesellschaft ist dem kapitalistischen Ausbeutersystem in jeder Hinsicht überlegen. Ein erneuter eindrucksvoller Beweis für diese Tatsache sind die Erfolge des heroischen Kampfes, den die Werktätigen von Tangschan in der Volksrepublik China gegen das schwere Erdbeben führen, vom dem die Region kürzlich heimgesucht wurde.

In den kapitalistischen Ländern bedeuten solche Naturkatastrophen oft über lange Jahre Elend und Not. Viele bleiben ihr Leben lang ruiniert. Noch heute findet man z.B. in dem vor vielen Jahren von einem schweren Erdbeben heimgesuchten Gebiet von Skopje in Jugoslawien verlassene Dörfer und Ruinen. Anfang des Jahres wurde die norditalienische Region Friaul von einem schweren Erdbeben erschüttert. „Schnelle Hilfe" versprach der kapitalistische Staat. Aber die Wirklichkeit? Noch immer können einige Bergdörfer nur mit dem Hubschrauber erreicht werden. Tausende von Menschen sind nach wie vor obdachlos und müssen sich darauf einrichten, den Winter in unzulänglichen, unbeheizbaren Zelten zu verbringen. Für die Kleinkinder und alten Menschen ist das eine tödliche Gefahr. Solche erschütternden Zustände sind in der kapitalistischen Gesellschaft kein Zufall. Hier stehen nicht die Menschen, die Werktätigen im Mittelpunkt, sondern die Jagd der Kapitalisten nach dem Profit, an dem sich alles bemißt.

Ganz anders in der Volksrepublik China, einem sozialistischen Staat der Diktatur des Proletariats, in dem das Volk unter der Führung seiner Kommunistischen Partei selbst die Macht in den Händen hält.

„Es ist ein Wunder", kommentierte die Pekinger „Volkzeitung" den heroischen Kampf der Werktätigen von Tangschan gegen das Erdbeben. „Nach dem starken Erdbeben, das das Gebiet Tangschan-Fengnan traf, haben einige Ausländer prophezeit, daß es mit Kailuan und seinen Bergarbeitern aus wäre und keine Kohle mehr produziert werden könnte. Die heldenhaften Bergarbeiter von Kailuan, die Eisenbahnarbeiter und die Kommandeure und Kämpfer der Volksbefreiungsarmee haben jedoch mit harten Fakten bewiesen, daß zu solchen Prophezeiungen kein Grund besteht. Nach diesem sehr starken Erdbeben wurde die überwältigende Mehrheit der Bergarbeiter unter Tage gerettet und innerhalb der kurzen Zeit von zehn Tagen erneut Kohle gefahren. Ebenso wurde die Eisenbahn sehr schnell wieder dem Verkehr übergeben – das wäre im alten China unter der Herrschaft der Kapitalisten vollkommen unmöglich gewesen und ist bisher im Kampf der Menschheit gegen Erdbeben kaum vorgekommen.

Vorsitzender Mao hat darauf hingewiesen: **„Von allen Dingen auf der Welt ist der Mensch das kostbarste. Unter der Führung der Kommunistischen Partei können, so lange es Menschen gibt, alle Wunder vollbracht werden.**

Das Erdbeben kann Häuser zerstören, Ausrüstung oder Eisenbahnschienen vernichten, aber es kann das revolutionäre Bewußtsein und die Moral der Arbeiterklasse nicht erschüttern.

Unser Volk und unsere Volksbefreiungsarmee können ihren großartigen Enthusiasmus für den Sozialismus einsetzen, jede Schwierigkeit und Gefahr überwinden und ein Wunder nach dem anderen vollbringen."

Kurz berichtet

GIESSEN

Anläßlich des 55-jährigen Bestehens der Kommunistischen Partei Chinas hat die Partei in Gießen einen großen Informationsstand über die VR China durchgeführt. Zusammen mit Sympathisanten wurden Stelltafeln gebaut und eine große Wandzeitung geschrieben, die – mit Bildern illustriert – das leuchtende Vorbild der VR China für alle Völker, die führende Rolle der Kommunistischen Partei in allen Bereichen propagierte und den Aufbau des Sozialismus in China dem Kapitalismus in der Sowjetunion gegenüberstellte. Zwei Tage vorher wurde in der Stadt ein Plakat geklebt, das auf diesen Stand hinwies. In der örtlichen Presse erschien eine Anzeige mit gleichem Text.

Es zeigte sich, daß die Werktätigen ein großes Interesse an der VR China haben. Den ganzen Vormittag über blieben ständig Passanten stehen, chinesische Plakate gingen weg wie warme Semmeln, etwa ein Dutzend Bücher und Broschüren wurden verkauft.

LÜBECK

Zum 1. August wurden in Lübeck erneut die Fahrpreise erhöht (zum zweiten Mal in diesem Jahr) und zwar zwischen 20 und 50 Prozent. Bisher haben zwei Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen stattgefunden. Bei der zweiten Demonstration kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Partei und die ROTE GARDE unterstützen diese Kämpfe, die vor allem von Jugendlichen geführt werden.

LÜBECK

Am Samstag, den 7.8. fand an einer Schule in Lübeck (Fachschule) ein Streik statt, in den die ROTE GARDE Lübeck mit einem Flugblatt eingriff. Dieser Streik richtete sich gegen die katastrophalen Unterrichtsbedingungen und wurde von der Oberstufe geschlossen durchgeführt.

FRANKFURT

In Frankfurt-Höchst fand auch in diesem Jahr vom 6.8. bis 8.8. das Höchster Schloßfest statt. Zum ersten Mal hatte die D„K"P ein Zelt aufgebaut, das ca. 500 m entfernt vom Festplatz stand. Die D„K"P hatte in der ganzen Stadt Plakate dafür geklebt. Die Partei druckte dafür Aufkleber und verteilte ein Flugblatt, in dem diese Rattenfängerpolitik der D„K"P entlarvt wurde. Trotz der vielen Plakate kamen allerdings sehr wenig Leute zum Kinderfest der D„K"P.

Die Partei trat auf dem Schloßfest mit ihrem AP-Trupp auf, der revolutionäre Lieder sang, eine kurze Kundgebung wurde abgehalten, der „Rote Morgen" verkauft. Vor allem am Sonntag zeigte sich, daß sehr viele Menschen stehenblieben, um dem AP-Trupp zuzuhören.

An diesen beiden Tagen wurden insgesamt 72 „Rote Morgen" auf dem Schloßfest verkauft und viele Gespräche geführt.



ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

21.August 1968 in Prag

"1945 kamen sie als Befreier - nun kommen sie als Besatzer!"

Vor acht Jahren, im Morgengrauen des 21. August 1968, fielen große Panzerverbände und Armeeinheiten in die Tschechoslowakei ein: Die russischen Sozialimperialisten und unter ihrem Kommando auch Truppen des Warschauer Paktes besetzten gewaltsam die Tschechoslowakei. Der Grund: Der revisionistische Ableger Moskaus in Prag, die Dubcek-Clique, wollte nicht mehr so recht nach der Pfeife des Kreml tanzen, sondern ihren eigenen Weg der Anbiederung an die westlichen kapitalistischen Staaten gehen.

Die brutale Okkupation der Tschechoslowakei, die russischen Panzer, die blutig den Widerstand des tschechoslowakischen Volkes niederwalzten, riefen damals auf der ganzen Welt helle Empörung hervor. Bis auf den heutigen Tag ist dieser Überfall für viele Menschen ein Zeichen dafür, daß die Sowjetunion unter Führung der revisionistischen Chruschtschows und Breschnews von einem sozialistischen Land in eine imperialistische Supermacht verwandelt worden ist, die nach imperialistischer Weltherrschaft strebt.

Die Tage nach dem 21. August sind aber auch ein Beweis dafür, daß auch für den russischen Sozialimperialismus gilt: Wo Unterdrückung des Volkes herrscht, da wächst auch der Widerstand des Volkes. Es waren eben nicht Leute wie Dubcek – von den westlichen Imperialisten als „Freiheitskämpfer" mit viel Lorbeeren bedacht, die den Kampf gegen die sowjetische Okkupation führten, sondern es waren die Volksmassen. Die revisionistische Dubcek-Clique war es vielmehr, die Verrat an diesem heldenhaften Kampf des Volkes übte. Sie rief dazu auf, nur „passiven Widerstand" zu üben und lenkte somit den Kampfeswillen des Volkes in Bahnen, die notwendigerweise zur Niederlage führen mußten. **Die sozialimperialistischen Besatzer zu verjagen – das vermag allein der revolutionäre bewaffnete Kampf des Proletariats unter der Führung einer wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei, vermag nur der Kampf für die erneute proletarische Revolution in den revisionistischen Ländern, der sich notwendigerweise zugleich auch gegen die eigene Bourgeoisie, gegen die Dubceks, Husaks, Honecker usw. richten muß.**

Vor wenigen Wochen waren Mitarbeiter der Zeitung „Klassekampen", dem Zentralorgan der Kommunistischen Arbeiterpartei Norwegens Marxisten-Leninisten, in der Tschechoslowakei, wo sie unter anderem Lida und Karel, zwei Chemiestudenten aus Prag, interviewten über die Ereignisse am 21. August 1968. Beide haben damals an Aktionen gegen die Okkupation teilgenommen. Ihr Bericht zeigt deutlich – auch wenn beide in einigen Fragen noch unklare Vorstellungen haben – daß der Kampfeswille gegen die sozialimperialistischen Besatzer im tschechoslowakischen Volk weiterlebt. Wir geben im Folgenden Auszüge aus dem Gespräch mit Lida und Karel wieder.



Demonstranten, die sich vor die russischen Panzer stellten, wurden überrollt. Die tschechoslowakische Fahne, die sie dabei trugen, färbte sich in ihrem Blut.

„Ich war damals 17 Jahre alt", beginnt Karel. „Für uns, die wir den Krieg noch nicht miterlebt hatten, war es das erste Mal, daß wir Panzerwagen und Maschinengewehre in Aktion sahen. Der 21. August war ein Schock, ein wirklicher Albtraum."

Lida: „Ich war damals nicht in Prag, sondern lebte außerhalb in einer großen Industriestadt. In erinnere mich noch: Ich hatte am Abend vergessen, das Radio auszuschalten und erwachte, als im Radio die Nationalhymne gespielt wurde. Sonst wurde nie um 7.30 die Nationalhymne gespielt und ich spürte, daß etwas geschehen sein mußte. Draußen auf der Straße wimmelte es von Menschen. Ständiger Fluglärm, russische Lastwagen und weinende Gesichter gaben eine erste Ahnung davon, was uns im Inneren des Zentrums für ein Anblick erwartete. Ich ging schnell in die Stadt, zusammen mit einigen Freundinnen. In allen großen Straßen waren Panzer. Unsere Stadt war besetzt worden von Truppen eines Landes, das stets unser „Freund" genannt worden war."

Überall spontaner Widerstand

Wie entwickelte sich der Widerstand im Volk?

Lida: „Wir wurden überrumpelt, aber der Widerstandswille und die Erbitterung war stark. Jugendliche organisierten ganz spontan einen Demonstrationszug ... In der Frühe hatten sich einige vor die Panzer geworfen, um zu verhindern, daß sie weiterfahren. Sie wurden verletzt. Die tschechoslowakische Fahne, die sie trugen, tränkte sich mit ihrem Blut. Sie wurde in Kanonenmündungen der Panzer gesteckt.

Um die Demonstrationen aufzulösen, starteten die Panzer ihre Motoren und spien Rauch aus. Das nützte natürlich nichts. Aber als dann Warnschüsse mit Maschinengewehren in die Luft geschossen wurden, zerstreute sich die Menschenmenge schnell. Der nächste Schritt wäre gewesen, wie sich an anderen Orten zeigte, daß sie in die Menge geschossen hätte."

Karel: „Ich war am 21. August in Prag und habe selbst gesehen, wie sie in die Menschenmengen schossen und wie friedliche Menschen erschossen wurden. In allen großen Städten wurde geschossen. Wir erfuhren nie, wieviele Menschen im ersten Jahr der Okkupation getötet wurden. Aber das tschechische Radio, das noch 14 Tage lang von einem geheimen Ort aus sendete, berichtete, daß innerhalb von drei Tagen der Besetzung 20 Menschen getötet und 300 verletzt waren. Ich persönlich glaube, daß es viel mehr waren.

In Prag gab es am ersten Tag viele Demonstrationen. Lastwagen und Straßenbahnen wurden umgestürzt, um die Russen am Weiterfahren zu hindern. Aus demselben Grund wurden auch Autos in Brand gesteckt. Überall wurden Transparente und Plakate aufgehängt mit Texten wie „1945 kamen sie als Befreier – jetzt kommen sie als Besatzer" Um ihre Macht zu demonstrieren, begannen die Russen, die Transparente niederzuschießen."

Wie die Dubcek-Clique den Kampfeswillen des Volkes in die Bahnen des passiven Widerstandes lenkte und die Kampfaktionen des Volkes abschwächte, zeigte sich unter anderem in ihrer Haltung zu einem Generalstreik.

Lida berichtet: „Zwei bis drei Tage nach der Besetzung drohten wir damit, durch Streik die ganze Wirtschaft lahmzulegen, Führende Leute der KP (gemeint ist die revisionistische Dubcek-Partei) griffen jedoch dahingehend ein, daß stattdessen ein einstündiger Generalstreik zur Unterstützung Dubceks durchgeführt wurde." Und Lida fügt kurz darauf hinzu: „Ein langwieriger Streik jedoch hätte ernsthafte Schwierigkeiten für die Okkupationsmacht geschaffen."

Bekamt Ihr einige Eindrücke davon, wie die Haltung der russischen Soldaten zum Einmarsch war?

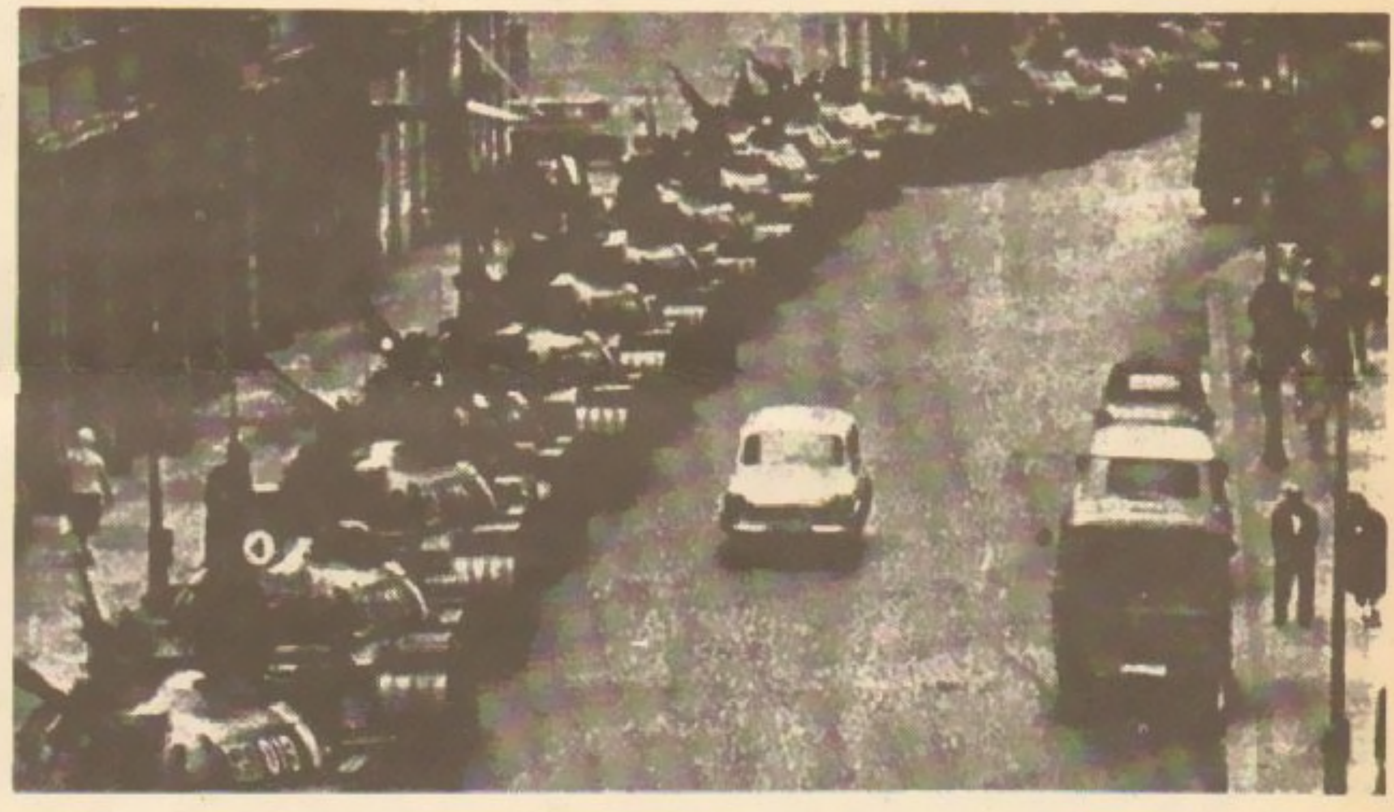
Karel: „Die russischen Soldaten und das russische Volk erhielten zwei ganz verschiedene Eindrücke von dem, was geschah. Zuerst zu dem des russischen Volkes: In Fernsehen, Radio und Zeitungen bekame sie nur zu hören, daß reaktionäre Kräfte mit Hilfe von Westdeutschland und USA im Begriff waren, die Macht im Land zu übernehmen. Das ist lächerlich."

Hatten die Sowjets einen Vorteil davon, daß sie auch Soldaten anderer osteuropäischer Länder einsetzten?

Karel: „Nein, ich glaube nicht, daß diese eine wesentliche Rolle spielten. Die Verbitterung ihnen gegenüber war ebenso stark. Ein Beispiel: Im Osten unseres Landes leben ein Teil Ungarn. Die Sowjets hatten geplant, die Widersprüche zwischen dieser Minderheit auf der einen Seiten und Tschechen und Slowaken auf der anderen Seite auszuspielen. Deshalb sollte dieser Teil des Landes von ungarischen Soldaten besetzt werden. Die sowjetischen Generale hatten damit gerechnet, daß sie herzlich als „Befreier" empfangen werden würden. Aber die Ungarn standen vereint und zeigten den Soldaten die kalte Schulter. Sie wurden nicht häuslich aufgenommen und erhielten Wasser und Essen, wie sie es sich ausgerechnet hatten. Auch die ostdeutschen Soldaten wurden schlecht empfangen. Sie trugen genau die gleichen Uniformen wie die Hitler-Soldaten während der Besatzung im Zweiten Weltkrieg. – Der einzige Unterschied bestand darin, daß sie nun einen kleinen roten Stern angesteckt hatten. Ältere Menschen, die den Krieg miterlebt hatten, hatten das Gefühl. das ganze würde wieder aufleben. Und das stimmte ja auch, unser Land wurde wieder okkupiert."

Gefälschte Filme von der Besetzung

„In Prag sahen wir nach der Besetzung merkwürdige Dinge. Russische Soldaten begannen gegen die Zeitungsredaktion von „Rude Pravo" (Zeitung der tschechoslowakischen Revisionistenpartei) zu schiesen. Aber wir wußten genau, daß die Redaktion bereits besetzt worden war. Verständlich jedoch wurde dies Vorhaben, als ein Mann auf einen Panzerwagen kletterte und begann



Jede große Straße in Prag war mit Panzern besetzt.

das Schauspiel zu filmen. Später hörten wir, daß den Russen dieser Film im Kino gezeigt wurde, als Zeugnis davon, wie „heldenmütig" sie die Konterrevolution in der Tschechoslowakei niedergeschlagen hätten. Aber viele russische Soldaten erhielten einen ganz anderen Eindruck. Diese hatten Kontakt mit der Bevölkerung bekommen und waren bestürzt, als sie entdeckten, daß sie nicht zu uns gekommen waren, um uns zu helfen."

Auswechslung der sowjetischen Soldaten

Erhielten die russischen Soldaten die Erlaubnis, sich frei unter der tschechoslowakischen Bevölkerung zu bewegen?

Lida: „Das war nur die erste Zeit. Bald wurden sie isoliert in ihren Lagern und ich glaube nicht, daß sie die Erlaubnis hatten, tagsüber auszugehen. Die Isolation wurde deshalb durchgeführt, weil die Soldaten, die Kontakt mit der Bevölkerung hatten, sich augenscheinlich schlecht eigneten, um das Land zu besetzen. In diesem Fall wurden sie nach einer Woche ausgewechselt. Im September wurden die Soldaten wiederum ausgewechselt und die neuen, die kamen, waren Kommando-Soldaten, die eher bereit waren, von ihren Schußwaffen Gebrauch zu machen."

Das Land ist weiterhin besetzt

Ist Eurer Meinung nach das Land weiterhin besetzt?

Lida: „Ja, unbedingt. Russen sind hier ständig und es ist heute hier weniger frei als z. B. 1969. Wenn aber jemand nur als Tourist kommt und die Verhältnisse hier nicht kennt, so gewinnt er vielleicht den Eindruck, daß die Okkupation etwas war, das vor acht Jahren geschah und nicht besonders tiefe Spuren hinterlassen hat. Kein russischer Soldat ist sichtbar. Nur selten sieht man höhere Offiziere, die zu Verhandlungen nach Prag kommen. Aber wenn die Touristen hier mit der Bevölkerung sprechen, dann werden sie einen anderen Eindruck bekommen."

Provokateure auf der Seite der Sowjets

Auf welche Weise begründen die Behörden, daß die russischen Truppen weiterhin im Land sind?

Karel: „Das begründen sie möglichst wenig, weil das eine peinliche Frage für sie ist ... Die Partei benutzte Provokateure, um ihre Anwesenheit zu rechtfertigen. Diese malten Parolen an die Hauswände wie „Wir wollen Kapitalismus" oder „Alle Russen sind Schweine". Bilder von diesen Parolen wurden groß in der Presse herausgestellt. Und die gleichen Leute, die dies an die Wand



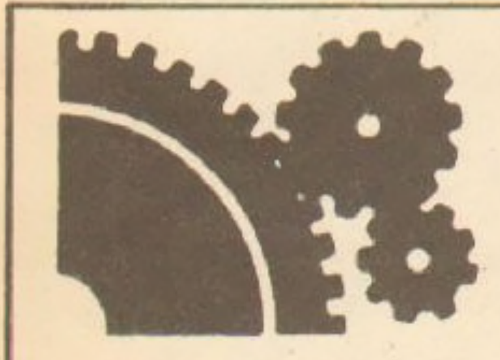


Die Bevölkerung entfernte Straßenschilder und übermalte Hausnummern, um den Besatzern die nächtlichen Verhaftungen zu erschweren.

gemalt haben, sagen nun: „Dagegen müssen wir kämpfen, das ist das Werk von Konterrevolutionären, wir müssen den Sozialismus verteidigen."

Lida: „Mit ‚Sozialismus verteidigen' meinen sie, die sowjetische Ausplünderung des Landes zu verteidigen. Falls wir eines Tages die Möglichkeit haben, eine Opposition zu organisieren, so glaube ich, daß man sicher sein kann, daß wir heute ebenso zusammenstehen wie 1968. Während der Besetzung, standen wir so fest zusammen, daß die Russen keinen Verräter fanden, der für die im Radio gesprochen hätte. So mußten sie bei ihren Sendungen Russen nehmen, die mit deutlichem Akzent sprachen ... Die Einheit im Volk lebt und bei jeder Provokation der Russen wird der Haß gegen die Okkupation wachsen."

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Wegen Urlaub - Arbeitslosengeld gesperrt

Als Arbeitslose hat man kein Anrecht auf Urlaub – zu diesem Schluß muß man jedenfalls kommen, wenn man die Schikanen miterlebt, denen ein Arbeitsloser, der Urlaub machen will, vom kapitalistischen Staat ausgesetzt ist.

Mir erging es so: Ich habe dem Arbeitsamt mitgeteilt, daß ich von dann bis dann wegfahre. Schriftlich. So rechtzeitig, daß sie mir hätten noch mitteilen können, daß diese Mitteilung ihrer Meinung nicht ausreicht. Gut gelaunt kam ich aus dem Urlaub – die gute Laune verging mir rasch. Postwendend hatte mich das Arbeitsamt vom Tag meiner Abreise gesperrt.

Ich bekomme monatlich etwas über 460 DM. Man kann sich vorstellen, was es bedeutet, jetzt gesperrt zu werden – Miete kann nicht bezahlt werden usw. Ich ging also sofort zum Arbeitsamt. Dort wußte kein Mensch, warum ich gesperrt war. Wertvolle Tage verlor ich – aber diesen Herrschaften ist jedes Mittel recht, wenn sie nur einsparen können, wo es nur geht.

Nach drei Tagen (!) meinte man dann, ich müßte zur Leistungsabteilung gehen. Ich war nicht die Einzige, die man betrügen wollte, 161 Menschen waren vor mir – mit ähnlichen Anliegen. Als ich endlich an die Reihe kam, erfuhr ich dann, daß ich gesperrt wurde, weil ich nicht die Urlaubsadresse hinterlassen hätte. Man hätte mich ja in der Zeit vermitteln können. Hat man aber nicht, ich habe in der Zeit meiner Abwesenheit keine Aufforderung erhalten. Das kümmert die aber gar nicht. Widerspruch einlegen kann ich auch nicht, die Frist ist während des Urlaubs abgelaufen. Zum Schluß hatte dieser Mensch noch die Frechheit zu bemerken, daß Arbeitslose überhaupt nicht in den Urlaub zu fahren hätten, sie würden ja eh nur Urlaub machen. Fast hätte ich ihn mitsamt seinem Schreibtisch umgekippt.

Rot Front
eine Hamburger Genossin

HORTEN schmiert Arbeitsamt und Stadtverwaltung

Genossen,

als arbeitsloser „Akademiker" habe ich jetzt die Möglichkeit erhalten, für das neuzueröffnende Kaufhaus HORTEN hier am Ort als Verkäufer einzuspringen, um den erwarteten Anfangsboom mit aufzufangen.

Am Samstag (!) beeilte sich das Arbeitsamt, sämtliche Arbeitslosen Gießens, an denen HORTEN Interesse haben könnte, zu versammeln; der Flur war gerammelt voll! Schon beim Ausfüllen des Bewerbungsbogens hat man uns „besseren Arbeitslosen" viel menschlicher unter die Arme gegriffen. Der HORTEN-Verwaltungsangestellte sagte uns gleich, daß wir bei ihnen nicht zu viel Gehalt zu erwarten hätten. Allerdings gäbe es für uns bereits beim Start 7,– DM, während die ausgelernten Verkäuferinnen mit 6,50 DM zufrieden sein müssen (um unsere längere Schulzeit zu honorieren). Nach einigen Wochen dann „läßt sich über eine Verbesserung sprechen", wenn ich entsprechend verkaufe!

Das Kaufhaus wurde gegen den Protest der Gießener Bevölkerung von der Stadtbürokratie mit aus dem (vorher bewohnten) Boden gestampft. Uneigennützig? Aus Sorge um die Arbeitsplätze der Bürger? Nein, mir wurden die Beweggründe (und bestimmt nur der kleinste Teil davon) recht bald deutlich: „Wir werden Mitte Oktober eröffnen. Sie sind dann schon einige Tage vorher da, weil an diesen Tagen die höheren und leitenden Angestellten der umliegenden HORTEN-Kaufhäuser Gelegenheit zum billigen Einkauf bekommen werden. Außerdem werden einige Vertreter der städtischen Verwaltung eingeladen werden (!). Es werden auch bestimmt einige Vertreter des Arbeitsamtes erscheinen", versicherte mir stolz der Herr. Mir sind an dem Tag einige Fädchen der Staat-Kapital-Verfilzung noch deutlicher geworden.

Rot Front
Ein Genosse aus Gießen

Fortbildungskurs für Arbeitslose - statt 60 jetzt 165 DM

Liebe Genossen!

Wer arbeitslos ist und dazu noch ungelernt, kommt leicht auf die Idee, sich beruflich weiterzubilden, um seine Arbeitskraft besser verkaufen zu können. Seit Jahren werden ja auch Weiterbildungsmöglichkeiten während der Arbeitslosigkeit in den Zeitungen, vom Arbeitsamt usw. bekanntgemacht und die Arbeitslosen werden aufgefordert, ihre Chance zu nutzen.

Volkshochschule und Arbeiterkammer führen zusammen Abendkurse für verschiedene Berufe durch, u.a. einen Einführungskurs fürs Elektroschweißen. Im ersten Semester umfaßte dieser Kurs 30 Abende und war für Arbeitslose zum ermäßigten Preis von 60 DM zu haben. Im kommenden Semester besteht der Kurs nur noch aus 20 Abenden. Der ermäßigte Preis für Arbeitslose beträgt aber bereits 165 DM. Ähnlich liegen die Erhöhungen bei den anderen Kursen.

Hinter der sozialen Schminke, die Volkshochschule und Arbeiterkammer zur Schau tragen, erkennt man hier deutlich die Ausbeutung durch den kapitalistischen Staat. Wie anders sind die Verhältnisse in den sozialistischen Ländern China und Albanien, wo jeder Arbeiter sich ständig weiter qualifizieren kann und Wissenschaft und produktive Arbeit immer mehr miteinander verschmelzen!

Ein Genosse aus Bremen

VLK-Leitungswahlen bei Hoesch Seltsames Wahlergebnis

Im letzten RM stand im Artikel über die V-Leute Wahlen unter anderem auch der Punkt, daß bei Union der Kollege S. durch Betrug der Gewerkschaft um den Vertrauensmann gebracht worden ist. Die Gewerkschaft hat dem Kollegen, weil er auf seinem Recht bestanden hat, mit Gewerkschaftsausschluß gedroht; angeblich betrügt die Gewerkschaft ja nicht.

Hier ein offensichtliches Beispiel auf der Westfalenhütte von Hoesch:

Lügen haben kurze Beine

31.3.: Wahl der Vertrauensleutekörperleitung mit Bekanntgabe der Ergebnisse. Die Stimmzettel werden im BR-Büro deponiert – unversiegelt wohlgemerkt. Daraus verschwinden sie zu einer privaten Auswertung eines „Kollegen" Schmidt (ehemaliges Mitglied der VLK-Leitung). Nach einem Wahleinspruch, weil die SPDler untereinander Auseinandersetzungen hatten und der eine dem anderen den Fleischtopf nicht gönnte, wurde nochmals ausgezählt.

Und siehe da:

Von ca. 300 anwesenden Vertrauensleuten wurden 154 Stimmzettel zuviel abgegeben.

Die erste Reaktion der Kollegen in meiner Abteilung: Da wollte jede Partei die andere übervorteilen, jede hat bis zum „unauffälligen" Maximum beschissen. Alles zusammen hat dann 154 Stimmen zuviel ergeben.

Rot Front
ein Genosse von Hoesch

RAG will vier Zechen stillegen

10000 Kumpels vor einer ungewissen Zukunft

Zehntausende Kumpels von Zechen im nördlichen Ruhrgebiet gehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Die Ruhrkohle-Kapitalisten und die Bonzen der IG-Bergbau und Energie wollen die Zechen „Zollverein" in Essen, „Friedrich der Große" in Herne, „General Blumenthal" und „Ewald-Fortsetzung" in Recklinghausen stillegen. Obwohl die Pläne dazu schon lange fix und fertig in ihrer Schublade lagen, haben sie die Kumpels die ganze Zeit über belogen und so getan, als ob ihre einzige Sorge die Sicherheit der Arbeitsplätze sei.

„Die Arbeitsplätze für die Beschäftigten von ‚Ewald-Fortsetzung' und ‚General Blumenthal' müssen künftig durch das Haard-Projekt gesichert werden", heißt es da z.B. in einem Sonderdruck der IGBE-Zeitung „Einheit" vom 15. August. In der Haard, einem der wichtigsten und größten Erholungsgebiete des gesamten nördlichen Ruhrgebiets, will die RAG in den achtziger Jahren vier neue Schächte abteufen, um die dort lagernden Kohlevorräte abzubauen. Das Extrablatt der „Einheit" ist Teil der Propagandakampagne von Ruhrkohle-Kapitalisten und IGBE-Apparat gegen den Protest einer Gruppe von Umweltschützern, die das ganze Erholungsgebiet durch die Pläne der RAG gefährdet sehen. „Seht her", versuchen die Ruhrkohle-Kapitalisten und der IGBE-Apparat den Kumpels einzureden, „nicht wir gefährden eure Arbeitsplätze, sondern die Umweltschützer, die unser Haard-Projekt angreifen. Unsere Sorge gilt dagegen euch und der Erhaltung eurer Arbeitsplätze." Und noch auf der letzten Betriebsversammlung von „General Blumenthal" log der Betriebsrat Brandau, daß eine Stillegung nicht zur Debatte stünde. Ebenfalls in dieses Geschrei stimmten die modernen Revisionisten der D„K"P ein, die das Haard-Projekt von ganzem Herzen begrüßten und es als Maßnahme zur Sicherung der Arbeitsplätze hochjubelten.

In Wirklichkeit sind das jedoch nichts als Lügen. Die Ruhrkohle-Kapitalisten, die in den letzten zwanzig Jahren mit der Hilfe des IGBE-Apparates 250 000 Kumpels auf die Straße gesetzt haben, dachten natürlich nicht im Traum an die Sicherung der Arbeitsplätze. Für sie als Kapitalisten zählt nur der Profit. Die Stillegung von „General Blumenthal" und „Ewald Fortsetzung" ist trotz des Haard-Projekts längst beschlossene Sache. Bei der Anlage der neuen Schächte in der Haard rechnen die Ruhrkohle-Kapitalisten mit Riesenprofiten. Das fängt damit an, daß die RAG beim Bau der neuen Schächte mit Millionensubventionen des kapitalistischen Staates rechnet, die dieser vorher den Werktätigen als „Kohlepfennig" für den „notleidenden Bergbau" aus der Tasche gezogen hat. Daß die RAG von vornherein nicht daran gedacht hatte, die Kumpels der beiden Zechen alle in den neuen Schachtanlagen zu beschäftigen, zeigt folgende Rechnung: Bisher werden auf „Ewald" und „Blumenthal" jährlich 7,5 Mio. t Kohle gefördert. In der Haard sollen aber jährlich nur 5 Mio. t abgebaut werden. Zieht man die neuen Abbaumethoden, die die RAG jetzt überall einführen wollen und die die Arbeitshetze für die Kumpels noch weiter steigern werden, in Betracht, heißt das, daß auf jeden Fall 40% aller Kumpel auf die Straße gesetzt worden wären. Dies allerdings nur unter der Voraussetzung, daß „Ewald" und „Blumenthal" nicht vollständig stillgelegt werden. Bei einer Stillegung der beiden Zechen werden die Kapitalisten noch mehr Kumpel auf die Straße werfen.

Die Ruhrkohle-Kapitalisten und die Bonzen des IGBE-Apparates haben die Kumpels betrogen. Sie wollten die geplante Stillegung der beiden Zechen so lange wie möglich vor ihnen verheimlichen, weil sie befürchteten, daß die Kumpels den Kampf gegen diesen Angriff auf ihre Lebenslage und zukünftige Existenz aufnehmen. So kam denn die Sache auch mehr durch Zufall ans Tageslicht, nämlich durch eine kurze Meldung in der WAZ von Wanne-Eickel, in der bekanntgegeben wird, daß die beiden Zechen auf dem Stillegungsplan der RAG stehen. In den Recklinghäuser Zeitungen erschien diese Meldung dagegen nicht.

Sofort nach dem Bekanntwerden dieser Meldung verteilten die Genossen der Partei an den beiden Zechen ein Flugblatt. In ihm werden die Machenschaften der Ruhrkohlekapitalisten und ihrer Handlanger, des IGBE-Apparates und der D„K"P-Revisionisten enthüllt und die Kumpels zum Kampf gegen die Stillegungen aufgerufen. In dem Flugblatt wird zugleich erklärt, daß es eine wirkliche Sicherheit der Arbeitsplätze erst dann gibt, wenn das kapitalistische System durch die sozialistische Revolution zerschlagen und die Diktatur des Proletariats über die Ausbeuter und Bonzen errichtet ist.

Dieses Flugblatt fand reißenden Absatz. Als die Kumpels von dem Angriff der Kapitalisten und den Betrugsmanövern erfuhren, war ihre Empörung groß. Kollegen, die schon in den Betrieb gegangen waren, kamen noch einmal zurück und holten sich mehrere Exemplare des Flugblatts, um es anderen Kollegen zu geben. Noch in derselben Nacht hängten einige Kollegen das Flugblatt unter Tage auf dem Personenbahnhof und an den Stempeluhren der 9. Sohle auf „General Blumenthal" aus. Auch die Verteilung des Flugblatts an andere Schichten und in der Zechenkolonie wurde von den Kollegen selbst in die Hand genommen.

Dies zeigt, daß die Kumpels von „Ewald" und „General Blumenthal" nicht bereit sind, die Stillegung der Zechen und den Verlust ihrer Arbeitsplätze kampflos hinzunehmen. Sicher werden vor allem die Bonzen des IGBE-Apparates und die modernen Revisionisten der D„K"P alles tun, um die Kumpels zu beruhigen und sich als Vertreter ihrer Interessen hinzustellen. Aber die Kumpels sind gewarnt. Sie haben gesehen, daß diese Verräter sie belogen und mit den Kapitalisten zusammengearbeitet haben. Sie wollten die Kumpels glauben machen, daß die Kapitalisten das Wohl der Arbeiter im Auge haben, um sie vom Kampf abzuhalten.

Die Tatsachen lehren aber, daß die Parole nur heißen kann: Auge um Auge, Zahn um Zahn! Das Vertrauen auf den IGBE-Apparat und die modernen Revisionisten der D„K"P führt in die Niederlage. Sie sind Feinde der Arbeiter, die schonungslos bekämpft werden müssen. Die Genossen der Partei in Recklinghausen haben die Kumpels aufgerufen, sich auf dieser Grundlage mit der Partei im Kampf gegen die Stillegungen zusammenzuschließen.

Veranstaltung der Ortsgruppe Recklinghausen der KPD/ML:

Die Wahrheit über die Stillegungspläne der RAG

21.8., 17.30 Uhr
Gaststätte Krause
Dortmunderstraße 202

"ran" warnt vor Streik

Über zehntausend Pleiten kapitalistischer Betriebe verzeichnete die offizielle Statistik der Bundesregierung für das letzte Jahr. Tausende von Arbeitern flogen auf die Straße, viele wurden um den Lohn der letzten Monate betrogen. Immer wieder aber haben die Arbeiter auch mit Streiks, Betriebsbesetzungen und Demonstrationen dagegen gekämpft, die Arbeiter von Seibel und Söhne in Erwitte, von Heidenreich und Harbeck in Hamburg und Anker in Bielefeld und andere.

Hätten sie sich allerdings nach den Ratschlägen des DGB-Jugendmagazins „ran" gerichtet, hätten sie das gar nicht tun dürfen. „ran" im Dezember 1975: „Also: Bevor man die Klamotten hinschmeißt, erst einen Rechtsschutzsekretär beim DGB fragen. Es lohnt sich." Dieser Hinweis findet sich am Schluß eines Artikels über folgenden „praktischen Fall": Ein Arbeiter hatte seinen Kapitalisten vor dem Arbeitsgericht verklagt, weil der ihm seinen Lohn nicht gezahlt hatte. Er war pleite. Der Arbeiter hatte den Prozeß gewonnen, wurde allerdings zur Zahlung der Gerichtskosten verurteilt, weil der Kapitalist infolge seiner Pleite angeblich nicht zahlen konnte. Darüberhinaus erklärte das Landesarbeitsgericht Frankfurt, daß der Arbeiter lieber hätte streiken sollen, um sein Geld zu bekommen. So weit, so gut. Das Jugendmagazin des DGB benutzt diesen Fall allerdings, um mehr oder minder offen eine Streikwarnung auszusprechen und Vertrauen in die kapitalistischen Gesetze zu wecken. „Doch eins vergaß das Landesarbeitsgericht zu erwähnen: Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und das Konkursausfallgeldgesetzt." „ran" vergißt natürlich auch nicht, darauf hinzuweisen, daß man bei einer Nichtbeachtung des Konkursausfallgeldgesetzes „aufpassen muß" und unter Umständen gar nichts bekommt. Andererseits bestünden bei Beachtung dieses Gesetzes und unter Hinzuziehung eines DGB-Rechtsschutzsekretärs ausgezeichnete Aussichten. . . .

Wer allerdings auf den DGB-Rechtsschutzsekretär und das Konkursausfallgeldgesetz vertraut, ist betrogen. Die Erfahrung lehrt, daß die Kapitalisten nur durch Kampf gezwungen werden können, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen.

Mit seinen „Ratschlägen" betätigt sich „ran" als Streikbrecher im Interesse der Kapitalisten. In ihnen wird die ganze Verrottung des DGB-Apparates deutlich, der nicht im Dienst der Arbeiterklasse steht, sondern im Dienst der Kapitalisten, um die Kämpfe der Arbeiterklasse abzuwürgen und zu unterdrücken.

Durch die brutale Ausbeutung in den Betrieben

Über 5000 Kollegen starben in einem Jahr

Mehr als 2,2 Millionen Arbeitsunfälle und neuangezeigte Berufskrankheiten wurden 1974 in der Bundesrepublik gemeldet und statistisch erfaßt. Davon verliefen 5 219 Fälle tödlich. Diese Zahlen stammen aus dem Bericht „über den Stand der Unfallverhütung", den die Regierung Anfang dieses Jahres dem Bundestag vorlegte. Alle zwei Stunden stirbt in der Bundesrepublik ein Mensch auf schreckliche Weise am Arbeitsplatz bzw. erleidet dort tödliche Verletzungen. Ist dieser blutige Tribut, der der westdeutschen Arbeiterklasse auferlegt wird, etwa notwendig? Kann man ihn rechtfertigen? Niemals! Er ist einzig und allein das Ergebnis der unersättlichen Profitgier der Kapitalisten und der Unmenschlichkeit ihres Ausbeutersystems, dem sie den Namen „freiheitlich-demokratische Grundordnung" gegeben haben.

Zynisch setzt sich die Bundesregierung über die Frage nach den sozialen und politischen Ursachen dieser schrecklichen Bilanz vollständig hinweg. Verharmlosung, Beschönigung und Ignoranz kennzeichnen den Bericht. Die Tatsache, daß die Gesamtzahl der Arbeitsunfälle in der Statistik gegenüber dem Jahr 73 um 200 000 zurückgegangen ist, wird groß herausgestrichen und als Ergebnis der Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Arbeitsunfälle hingestellt. So führt der Bericht eine Liste von Gesetzen und Verordnungen auf, mit der die Regierung angeblich den Arbeitsschutz verbessert haben soll. Bei genauerem Hinsehen stößt man allerdings auf die Tatsache, daß die meisten dieser Bestimmungen erst 1975 oder im Laufe des Jahres 74 in Kraft getreten sind. Das zeigt schon zur Genüge das betrügerische Vorgehen, mit dem die Regierung dem Volk Sand in die Augen zu streuen versucht.

Die wirklichen Ursachen dafür, daß die Zahl der Arbeitsunfälle zurückgegangen ist, liegen in Wahrheit ganz woanders. Eine der Hauptursachen ist die Wirtschaftskrise. Sie hat nicht nur durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Streichung von Überstunden die Zahl der Arbeitsunfälle gemindert, sondern beispielsweise auch dadurch, daß die Bauindustrie, die zu den unfallintensivsten Branchen gehört, in dieser Krise beträchtlich geschrumpft ist. Zum anderen hatte natürlich die Krise auch zur Folge, daß viele Arbeiter aus Angst um den Arbeitsplatz leichtere Unfälle gar nicht gemeldet haben, so daß die bürgerliche Statistik ein in dieser Hinsicht verzerrtes Bild liefert. Ein anderer Grund für ein leichtes Sinken der Unfallzahlen liegt in der beschleunigten Konzentration des Kapitals infolge der Krise, d.h. darin, daß immer mehr mittlere und kleine Betriebe kaputt gehen. In den kleinen und mittleren Betrieben liegt jedoch die Unfallhäufigkeit in der Regel erheblich höher als in den Großbetrieben, was nicht zuletzt mit der stärkeren Kampfkraft der Arbeiter in den Großbetrieben, also ihrer Fähigkeit, sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen zu wehren, zusammenhängt. **Man könnte noch weitere Faktoren nennen, die deutlich machen, daß der leichte Rückgang der Arbeitsunfälle mit den sogenannten „sozialpolitischen Maßnahmen" der Regierung und ähnlichem gar nichts zu tun haben und daß die gesunkenen Zahlen, die die Statistik angibt, noch nicht einmal beweisen, daß an irgendeinem Arbeitsplatz die Unfallgefahr vermindert wurde.**

Die bürgerliche Propagandamaschinerie, Presse, Rundfunk und Fernsehen, haben es nicht versäumt, den Rückgang der Zahl der in der Statistik angegebenen Arbeitsunfälle auszunutzen. Daß dabei zwar groß das angebliche Sinken der Arbeitsunfälle herausgestrichen, gleichzeitig jedoch die entlarvende Zahl von 2,2 Millionen praktisch völlig verschwiegen wurde, ist bezeichnend. Ein anderes interessantes Faktum wurde ebenfalls verschwiegen: daß nämlich die Bundesrepublik in der EWG mit der Zahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten hinter Italien an 2. Stelle liegt. Aber gerade diese Tatsache zeigt, welcher Zynismus in dem Wahlslogan der SPD vom „Modell Deutschland" liegt. Sicher – für die Kapitalisten der anderen EWG-Staaten ist der westdeutsche Imperialismus in gewisser Weise ein Vorbild, auf das sie mit Neid blicken. Die Wirtschaftskrise hat die Krupp und Thyssen nicht so stark mitgenommen, wie die Kapitalistenklassen vieler anderer Ausbeuterstaaten. Die westdeutschen Monopole haben höhere Profite gemacht als die meisten ihrer ausländischen Rivalen. **Aber die Tatsachen zeigen, daß die westdeutsche Arbeiterklasse blutig für dieses „Modell Deutschland" bezahlen muß.** Das zeigt sich auch daran, daß die Zahl der neuangezeigten Berufskrankheiten 1974 sogar weiter gestiegen ist, obwohl gerade 74 das Jahr war, in dem die Gesamtproduktion stark zurückging und das große Heer der Arbeitslosen sich in unserem Land herausbildete.

„Modell Deutschland" tönen die SPD-Bonzen und tun so, als wüßten sie nicht, daß die Zahl der Arbeiter, die gesund und mit heilen Gliedern das Rentenalter erreichen, mit jedem Jahr noch mehr abnimmt. Sie schwätzen von „Humanisierung der Arbeitswelt", während die skrupellose Verschärfung der Ausbeutung in den Betrieben immer mehr Arbeiter körperlich und nervlich kaputt macht und ihnen die Gesundheit zerstört wird. Bei fast einem Viertel aller Arbeitsplätze in der Bundesrepublik liegt heute bereits die Lärmbelastung soweit über der Schädlichkeitsgrenze, daß bei 10 Arbeitsjahren Schwerhörigkeit zu erwarten ist. Nach den statistischen Angaben der Bundesregierung starben 1974 allein im Bergbau 2 021 Kumpels an Berufskrankheiten, hauptsächlich an Silikose. Viele solcher Beispiele könnte man noch aufzählen. „Modell Deutschland"? Ja – ein Modell dafür, wie der Kapitalismus auch da, wo er nach aussen hin eine glänzende Fassade zeigt, wie hier in der Bundesrepublik, hinter diesem schillernden Vorhang die Verelendung der Arbeiterklasse immer grausamer vorantreibt.

Der Arbeiter braucht nicht lange in Statistiken zu wühlen, um ein tiefes Mißtrauen zu empfinden, wenn die bürgerlichen Politiker sich mit den angeblichen Verbesserungen und sozialen Reformen brüsten, die der Staat ihm angeblich beschert hat. Die tägliche Ausbeutung in den kapitalistischen Knochenmühlen zeigt dem Arbeiter, was hinter den frommen Sprüchen, manipulierten Zahlen und papiernen Verbesserungen wirklich steckt: der Versuch, zu vertuschen, daß nur eins zählt in der kapitalistischen Produktion – der Profit. Für mehr Profit gehen die Kapitalisten gewissenlos über Leichen. Worin liegt denn eine der Hauptursachen für die ungeheure Zahl der Arbeitsunfälle in den kapitalistischen Ländern, wenn nicht in der brutalen Arbeitshetze, die aus dem Kampf der Kapitalisten um die höchsten Profite heraus immer mehr gesteigert wird? Angesichts dieser Lage beschränkt sich die Funktion von Sicherheitsvorschriften immer mehr darauf, dem Kapitalisten das zynische Argument in die Hand zu liefern: der verunglückte Arbeiter sei ja selbst schuld, warum habe er denn auch die Sicherheitsvorschrift mißachtet?! Eine andere Hauptursache ist die Tatsache, daß die Kapitalisten in verbrecherischer Weise an Maschinen und Anlagen Sicherheitsvorrichtungen einfach nicht anbringen lassen, um „Kosten zu sparen". Was schert der Kapitalist sich denn um Leben und Gesundheit eines Arbeiters? Solche „Sentimentalitäten" kann sich ein „dynamischer Unternehmer" bzw. ein „erfolgreicher Manager" nicht leisten.

Um damit Schluß zu machen, daß Tag für Tag Arbeiter auf blutige Weise dem Profit der kapitalistischen Schmarotzer geopfert werden, um der zunehmenden Zerstörung der Gesundheit von Millionen Proletariern in den Knochenmühlen der Ausbeuter ein Ende zu setzen und um mit den geldgierigen Mördern endlich abzurechnen, muß man mit dem ganzen kapitalistischen System Schluß machen. **Nur die sozialistische Revolution, der Sturz der kapitalistischen Herrschaft und die Errichtung der Diktatur des Proletariats schafft die Voraussetzungen für eine wirkliche Änderung der Verhältnisse am Arbeitsplatz, für eine wirkliche „Humanisierung der Arbeitswelt". Denn wenn die Arbeiter im Staat und in den Fabriken die Herren sind, wenn das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt ist, dann bestimmt nicht mehr der Profit raffgieriger Ausbeuter den Produktionsprozeß, sondern die Interessen und die Bedürfnisse der Arbeiterklasse.** Den besten Beweis für diese Wahrheit liefern wahrhaft sozialistische Länder wie China und Albanien. Die Zahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten liegt dort unvergleichlich viel niedriger als in jedem kapitalistischen Land (einschließlich der revisionistischen Staaten des Ostblocks). Schwere Arbeitsunfälle kommen sehr selten vor. **Das liegt nicht allein an den guten Sicherheitsvorrichtungen, am Fehlen von Antreiberei und Schikanen seitens profitgieriger Ausbeuter oder ihrer Handlanger; oder an der Tatsache, daß es kein Akkordsystem gibt. Das liegt auch daran, daß die Arbeiter frei sind. Es liegt daran, daß sie das Joch der Lohnsklaverei abgeschüttelt haben, daß in den Betrieben die proletarische Demokratie entfaltet wird, die darauf beruht, daß die Arbeiter die Produktion zunehmend selbst mit lenken und planen. Es liegt daran, daß die breiten Massen an allen Entscheidungen und Beschlüssen der Werksleitung aktiv mitwirken. Mit einem Wort: Die Arbeit hat ihren Charakter völlig geändert, die Arbeiter leisten sie zunehmend als bewußte Herren des sozialistischen Produktionsprozesses.**

Wenn dennoch einmal ein Arbeiter einen schweren Unfall erleidet, dann setzt die Partei und der sozialistische Staat alle Hebel in Bewegung, um ihn zu retten und vollständig zu heilen. Ein bekanntes Beispiel dafür ist der Fall des chinesischen Stahlarbeiters, der bei einem Arbeitsunfall so schwere Verbrennungen erlitt, daß man in jedem kapitalistischen Land von vornherein jeden Versuch der Rettung für aussichtslos erklärt hätte. Dieser Arbeiter wurde in China gerettet. Daß dieses „Wunder" möglich wurde, kam daher, daß die besten Ärzte Chinas sofort an die Stätte des Unfalls geflogen wurden, daß das gesamte Personal eines Krankenhauses und dazu noch hunderte von weiteren Menschen mobilisiert wurden, um in jedweder Hinsicht den Kampf für sein Leben zu führen, daß keinerlei Kosten gescheut wurden usw. **Warum wurde der Arbeiter also gerettet? Weil in China der Staat ein Staat der Diktatur des Proletariats ist, also kein Ausbeuterstaat, sondern ein Arbeiterstaat.**

Schließen wir uns im revolutionären Klassenkampf zusammen, mit dem Ziel, durch den Sturz des Kapitalismus uns einen solchen Staat zu erkämpfen!

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Die Wahrheit: Ein mörderisches Ausbeutersystem

Wie wir im RM Nr. 30 vom 24. Juli 1976 berichteten, haben die Borsig-Kapitalisten in Westberlin Strafantrag gegen unsere Betriebszeitung „Borsig Hammer" gestellt, weil der „Borsig Hammer" enthüllt hatte, daß der bei einem Arbeitsunfall ums Leben gekommene Arbeiter Günther K. nicht Opfer eines „tragischen Unglücks", sondern Opfer der Profitgier der kapitalistischen Ausbeuter wurde. Im folgenden dazu ein leicht gekürzter Artikel aus dem „Borsig Hammer".

Die Borsig-Kapitalisten möchten verboten haben, daß die Wahrheit darüber gesagt wird, daß im Betrieb mit System die Gesundheit der Kollegen gefährdet wird. Daß im Kapitalismus aus Profitinteresse bewußt und einberechnet am Arbeitsplatz gemordet wird.

Sehen wir uns den letzten „Borsig Hammer", der vor Gericht gezerrt wird, noch einmal an.

Die Tatsachen

Wir schrieben, wie es zum Arbeitsunfall in der Gießerei gekommen war:

1. Der 20 Tonnen Kran war schrottreif und nicht mehr reparaturwürdig (Baujahr 1917, also bald 60 Jahre alt). Das geht aus einem Brief der Unfallkommission an Franzmann Anfang des Jahres hervor. Er hätte also nicht mehr benutzt werden dürfen und gesperrt werden müssen. Es wurde aber damit kräftig weitergefahren.

2. Der Kranfahrer, der seit 1965 fährt und den Schein hat, mußte auf den 20 Tonnen Kran, weil sich auf seinem 45 Tonnen Kran das Seil verheddert hatte und nicht zu gebrauchen war.

3. Der 20 Tonner hat aber im Gegensatz zu den anderen Kränen einen Gleichstrommotor, der beim Ausschalten noch um ca. 50 cm nachläuft. Die Drehstrommotoren der meisten anderen Kräne stoppen dagegen sofort.

4. Der Kollege erhielt keinerlei Einweisung zur Bedienung dieser Gleichstromkräne. Er hatte diesen Kran bisher nur einmal kurz gefahren. Auch in der Borsig-Kranschule wird sowas nicht gelehrt, obwohl mehrere Kräne im Werk von Gleichstrommotoren angetrieben werden.

Nun passierte folgendes: Der Kranfahrer fuhr den Haken hoch. In der notwendigen Höhe schaltete er wie gewohnt den Hub ab. Der Motor lief wie gesagt nach, die Not-Endabschaltung funktionierte nicht richtig und der Kranhaken fuhr gegen die Katze. Durch die ungeheure Kraft riß sich der Haken vom Seil los, sauste runter und erschlug den Kollegen Günther.

Fast eine halbe Stunde verging, bis ein Arzt und die Feuerwehr da waren. Da der Werksarzt nur vormittags da ist (wenn er überhaupt da ist und nicht gerade in Urlaub) mußte man einen Arzt von außen holen. Es gab keine brauchbare Trage. Noch nicht einmal das Telefon funktionierte.

Dafür gibt es genügend Zeugen. Diese Tatsachen werden wir untermauern und auch vor Gericht beweisen.

Kein Einzelfall, sondern System

Wir schrieben weiter:

Das das kein Einzelfall ist, weiß jeder. Der letzte schwere Unfall war im November 1975 in der Halle 176, bei dem der jugoslawische Kollege Steffan nur durch Glück mit dem Leben davonkam. Der „Borsig Hammer" berichtete darüber unter der Überschrift: „Versuchter Mord – aus Profitgier". Wir werden im „Borsig Hammer" und vor Gericht noch andere Arbeitsunfälle zur Sprache bringen, die ebenfalls beweisen, daß den Kapitalisten unsere Gesundheit scheißegal ist.

Was hat sich seitdem geändert?

Fast gar nichts! Wir stellten im „Borsig Hammer die Forderungen auf:

- Neue Kräne, Arbeitsmittel und Werkzeuge!

- Ausreichende Ausbildung und Einweisung für alle Kranfahrer!

- Werksarzt in allen Schichten und bessere medizinische Ausrüstung!

- Akkord ist Mord! Weg mit dem Akkord!

- Sofortige Beseitigung der Unfallursachen!

Nicht eine Forderung davon wurde erfüllt. Einige Taue zum Anbinden wurden ausgewechselt, den Transportern wurde ins Gewissen geredet, sie sollen gefälligst noch besser aufpassen, aber sonst nichts. Der Kran in der Gießerei ist vom TÜV stillgelegt worden, nachdem damit vorher sogar noch weitergefahren werden sollte. Für den 45 Tonner in der Gießerei wurde vom TÜV angeordnet, auf der linken Seite unten Glas anstatt des Bleches einzusetzen, damit der Kranfahrer was sehen kann. Ist nicht passiert. Der Notschalter in diesem Kran funktioniert nicht. Nichts passiert. Die Hupe ist so leise, daß sie weder vom Kranfahrer noch von den Kollegen unten zu hören ist, so daß die Arbeiter noch nicht einmal gewarnt werden können.

Das ist ein erneuter Beweis dafür, was der „Borsig Hammer" schrieb:

Sie (die Kapitalisten) nehmen dabei bewußt das Risiko in Kauf, daß [illegible] die Arbeiter verletzen, nervlich ruiniert werden, gesundheitlich geschädigt oder sogar getötet werden. Das kommt ihnen nach ihrer Rechnung immer noch billiger als alles für die Sicherheit zu tun. Mit Profitgier und Menschenverachtung hat sich Franzmann seinen Porsche und Mercedes 450 SL erworben, hat Borsig 6,6 Millionen Profit gemacht und kann Babcock eine dicke Dividende an die Bosse auszahlen. Die Kapitalisten sind bewußte und kalt kalkulierende Mörder. Ihre Interessen stehen unseren direkt gegenüber. Es gibt zwischen ihnen und uns keine Versöhnung. Deshalb müssen sie weg, gestürzt werden durch die Arbeiter.

Meister Löffler als Detektiv

Ein Gipfel der Unverfrorenheit: Die Siemens-Kapitalisten schickten ihren Handlanger Meister Löffler als Detektiv zwecks Bespitzelung eines kranken Kollegen vor seine Wohnungstür.

Was ist geschehen? Ein Kollege, 13 Jahre bei Siemens, klagt über Rückenschmerzen. Später ging er zum Arzt, der ihn krank schrieb. Nun wurde Stimmung gemacht: „Nein", hieß es, „der ist gar nicht krank, der drückt sich nur davor, die Urlaubsvertretung zu übernehmen."

Aber Detektiv Löffler ging der Sache auf den Grund. Er bespitzelte den Kollegen einfach. Aufgrund seiner raschen Untersuchung dieses Falles stand dann auch fest: Der Kollege ist gar nicht krank, er macht blau. Beweismaterial: Er habe seinen Gartenzaun gestrichen.

Tatsache aber ist: Der Kollege ging zur Reinigung. Detektiv Löffler „ertappte ihn auf frischer Tat" ...

Nun – daß bekanntlich ein krankgeschriebener Arbeiter, wenn er nicht gerade bettlägerig ist, zu bestimmten Zeiten außer Haus gehen kann, interessiert den Detektiv und seine Hintermänner nicht. Resultat dieser Bespitzelung: Der Kollege verliert seinen alten Arbeitsplatz und wird als Muli-Fahrer eingesetzt. Mit 56 Jahren ist das nicht einfach.

Unserer Ansicht nach streben die Siemens-Kapitalisten an, ihn von Lohngruppe 6 auf Lohngruppe 4 zurückzustufen. Und die Betriebsratsfürsten?

Angeblich große Empörung ... zu dem Vorgehen unseres Detektivs. Aber im Klopfen radikaler Sprüche waren sie schon immer große Asse. Wie die Betriebsräte, so war anscheinend auch die Geschäftsleitung sehr empört. Na ja, man muß ja so tun, als ob ... denn einig waren sich alle, daß der Kollege seinen bisherigen Arbeitsplatz verliert. Denn keiner von ihnen hat auch nur irgendetwas dagegen unternommen, geschweige denn, diese Schweinerei angeprangert. Wie sollten diese Herren auch!

Also: Detektiv Löffler, ein Lob auf Ihre Leistung!

„Wer krank ist, muß damit rechnen, seinen Arbeitsplatz zu verlieren." So Direktor Pöpel. Deshalb, Kollegen, richtet sich dieser Angriff nicht nur gegen diesen einen Kollegen, sondern gegen uns alle. Dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen! So wird rationalisiert! So sollen wir eingeschüchtert werden.

„Diese Methoden", so sagte einer treffend, „unterscheiden sich nicht von denen der SS."

Revisionistisches

D„K"P-LÜGEN ÜBER DEN KAMPF GEGEN DIE FASCHISTEN

Wie wir im letzten „Roten Morgen" berichtet haben, gelang es den Genossen unserer Partei und anderer Organisationen durch ihren entschlossenen Kampf, die von den NPD-Faschisten in der Hamburger Innenstadt geplante internationale Kundgebung zu verhindern. Die Faschisten suchten schließlich das Weite, von ihrem Stand blieben nur Trümmer, obwohl die Polizei mit äußerster Brutalität versuchte, die Faschisten zu schützen.

Die modernen Revisionisten der D„K"P haben sich an diesem Kampf nicht beteiligt. In gebührender Entfernung von den Faschisten organisierten sie eine Kundgebung. Wenn man allerdings die D„K"P-Zeitung „UZ" liest, bekommt man ein völlig anderes Bild. Hier wird ganz offen der Eindruck erweckt, als ob es die modernen Revisionisten der D„K"P und ihre Anhänger waren, die in der Hamburger Innenstadt gegen die Faschisten kämpften und gegen die sich der Terror der Polizei richtete.

„UZ", Montag, 9. August: „In der ... Mönckeberg Straße gingen Einsatzkommandos der Polizei mit Schlagstöcken und Tränengas gegen antifaschistische Demonstranten vor, die gegen einen hier aufgebauten Informationsstand der NPD protestierten."

„UZ", Freitag, 13. August: Es werden Bilder vom brutalen Einsatz der Polizei gegen die Revolutionäre gezeigt. Bildunterschrift: „Mehrere Hundertschaften der Bereitschaftspolizei gingen nicht etwa gegen Neonazis, sondern gegen Demokraten vor."

Dazu muß man wissen, daß die D„K"P ihre Kundgebung als Protest der „demokratischen Öffentlichkeit" bezeichnete. Was die modernen Revisionisten der D„K"P damit bezwecken, ist bekannt. Angeblich soll es nicht mehr erforderlich sein, den Kampf gegen die faschistischen Banden auf revolutionärer Grundlage zu führen. Angeblich sei es richtig, sich auf die Verfassung zu berufen und friedliche Protestmärsche unter revisionistischen Losungen durchzuführen, um den faschistischen Provokationen zu begegnen.

Die Sache liegt klar auf der Hand. Angesichts der breiten Empörung der Hamburger Werktätigen über die faschistische Provokation und den Terror der Polizei, lügen die modernen Revisionisten der D„K"P bewußt, um sich selbst als die entschlossensten antifaschistischen Kämpfer hinzustellen. Sie verschweigen, daß die Aktionen in der Mönkebergstraße von unserer Partei, der KPD/ML, und anderen revolutionären Organisationen durchgeführt wurden. Sie versuchen, den Charakter dieses Kampfes zu verfälschen, indem sie über die revolutionären Parolen schweigen und die Genossen, die militant gegen die Faschisten und die Polizei kämpften, als „Demokraten" hinstellen. Sie verschweigen schließlich auch, daß sie während des Kampfes offen gegen die Genossen unserer Partei aufgetreten sind und den Einsatz der Polizei gerechtfertigt haben. So erklärten sie gegenüber unseren Genossen: „Ihr seid ja mit Helmen gekommen, ihr ward ja organisiert und habt die Polizei provoziert."

Aber die Sache hat noch eine andere Seite. Wenn sich die modernen Revisionisten als Antifaschisten ausgeben, so ist das eine Lüge. Sie sind Wegbereiter des Faschismus und gehen selbst mit sozialfaschistischem Terror gegen Kommunisten vor. Sie verteidigen die sozialfaschistischen Regimes in der Sowjetunion, der DDR usw. Es ist daher kein Zufall, wenn sie sich gerade in den Tagen, an denen sich der Bau der Mauer zum 15. mal jährt, als besonders konsequente Antifaschisten gebärden. Aber Lügen haben kurze Beine.

Als Gefangener im Zuchthaus Bautzen

Korrespondenz. Beginnen wir mit den Zuständen im Ost-Berliner Krankenhaus „Charite", in dem ich arbeitete. Dort wurden häufiger „Grenzverletzer" zur ersten Hilfe eingeliefert, die von den Grenzorganen gestellt worden waren, sei es mit Maschinenpistolen, Tretminen oder Selbstschußanlagen. Starb der Patient an seinen Verletzungen, so wurde seine Leiche vom Staatssicherheitsdienst beschlagnahmt und der Zinksarg versiegelt.

Das Behandlungspersonal wurde verpflichtet, über den Grund des Todes Stillschweigen zu wahren und keinerlei Auskünfte zu geben. Den Angehörigen des Verstorbenen mußte der Tod etwa als Folge eines Autounfalls geschildert werden.

Als von einem guten Bekannten meinerseits der Freund an der Sektorengrenze von Gewehrläufen des „freien, sozialistischen Staates" durchsiebt wurde, konnte ich nicht länger lügen. Als mein Bekannter nach der Todesursache fragte, mußte ich ihm zuerst erzählen, was mir befohlen wurde. Als er abends bei mir in der Wohnung erschien und noch die Mutter des Verstorbenen mitbrachte, baten sie mich in einer Art, ihnen die Wahrheit zu erzählen, daß ich nicht anders konnte. Ich sagte ihnen, sie mögen am nächsten Tag zu mir ins Krankenhaus kommen. Am nächsten Tag öffnete ich den Sarg und zeigte ihnen die total verstümmelte Leiche. Mein Bekannter erstattete gleich darauf Anzeige beim damals noch amtierenden Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht. Zwei Tage später wurde ich vom Staatssicherheitsdienst der DDR verhaftet.

In erster Instanz wurde ich zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt und in der Berufungsverhandlung wegen Staatsverleumdung und Vorbereitung zur „Republikflucht" zu 12 Monaten Zuchthaus. Ich kam in das Zuchthaus Bautzen. Das erste, was wir bei unserer Ankunft abgenommen bekamen, waren unsere Namen. Wir bekamen Nummern und damit fertig. Zuerst arbeitete ich im Haftkrankenhaus, später bei Robur, einem Autoverkauf außerhalb des Zuchthauses. Die Arbeitszeit betrug 13 Stunden pro Tag. Unsere Zelle beherbergte 73 Häftlinge. Es waren zwei Räume, ein Aufenthaltsraum und ein Schlafraum.

Wenn man gerade nicht auf Arbeit war, sondern in seiner Zelle, durfte man sich nicht aufs Bett setzen, geschweige denn legen. Bei irgendwelchen Verstößen gegen die sogenannte Hausordnung bekam man strengen Arrest, sowie einen Monat Rauchverbot. Die Arrestzellen befanden sich im Keller des Hauses. In der Zelle gab's keine Fenster, kein Bett und weder Stuhl noch Tisch. Es gab lediglich einen Kübel für die Notdurft, der abendlich geleert wurde. Um 20 Uhr wurde eine Holzliege hereingeschoben, auf der man bis morgens 5 Uhr schlafen mußte. Da es in der Zelle naß und kalt war, konnte man sich tagsüber nicht mal auf den Fußboden setzen. Bevor man seinen Arrest antrat, wurde man von drei Wärtern in einen Waschraum geführt und da zusammengeschlagen. Dazu benutzten sie nasse Handtücher, die zu einer Peitsche zusammengedreht wurden und auf diese Weise beim Schlagen keine Spuren hinterließen.

Als im Autowerk einem aus unserer Schicht die Drehbank sprichwörtlich auseinanderfiel, wollte man ihm „staatsfeindliche Sabotage" anhängen. Als wir daraufhin alle unsere Arbeit niederlegten, war es ganz aus. Da es in einem Gefängnis keine Gemeinschaftsstrafen gibt, mußten alle Häftlinge vom Roburwerk (ca. 210 Mann) sieben Stunden bei Schnee und ohne Mantel im Zuchthaushof stehen und die Heizungen in der Zelle wurden abgedreht, so daß der Aufenthaltsraum und der Schlafraum völlig ausgekühlt waren. Erst nach zwei Tagen wurden die Heizungen wieder angestellt.

Als ein anderer Mithäftling auf Robur in die Fräsmaschine kam und sich die Hand abtrennte, wurde es als Selbstverstümmelung hingestellt. Als er nach drei Wochen aus dem Haftkrankenhaus entlassen wurde (angeblich als völlig geheilt), mußte er sofort wieder mit raus auf Arbeit. Da er ja nur noch eine Hand hatte, mußte er Transportarbeiter machen. Als er nach zwei Tagen sagte, ihm sei die Arbeit zu schwer und er könne aus logischen Gründen diese Arbeit nicht länger verrichten, nannte man ihn asozial und arbeitsscheu und er könne die Wagen ja auch mit einer Hand ziehen. Es wäre ja seine eigene Schuld, daß er nur noch eine Hand besitzt. Als er sich dennoch weigerte, diese Arbeit zu verrichten, wurde er in einem Schnellverfahren von Bautzen zu Arbeitserziehung verurteilt. Das Urteil lautete „Arbeitserziehung von 1 bis 5 Jahren und danach Zurückführung nach Bautzen, um seine Strafe fertig abzusitzen. Während der Zeit der Arbeitserziehung wird die eigentliche Strafzeit unterbrochen und mit Rückkehr ins Zuchthaus erst weiter fortgesetzt. Dieser Häftling hatte insgesamt 18 Monate und 11 davon bereits hinter sich gebracht. Bei 1 bis 5 Jahren Arbeitserziehung kommt es auf das Arbeitslager an, wann die Strafe abgebrochen wird. Es kann also 1 bis 5 Jahre dauern. Nehmen wir an, dieser Häftling konnte nach zwei Jahren wieder ins Zuchthaus zurück, so hat er mit den ihm noch bevorstehenden sieben Monaten eine Gesamtstrafe von 42 Monaten, obwohl er mit nur 18 Monaten inhaftiert worden war. –

So weit die Korrespondenz. Der ehemalige Häftling des Zuchthauses Bautzen, der sie uns geschickt hat, lebt heute in der Bundesrepublik. Sein Schicksal zeigt in aller Deutlichkeit: Wenn die Honecker-Clique ihren Staat „sozialistisch" nennt, dann ist das genausoviel wert wie der „Nationalsozialismus" eines Hitler. Denn wie der Hitlerfaschismus auch, ist die DDR ein faschistischer Staat, in dem jede Opposition gegen das sozialfaschistische Regime brutal unterdrückt und verfolgt wird.

Vom Aufbau des Sozialismus

VERÄNDERUNGEN IM SCHANGHAIER STAHLWERK

Im Kampf gegen die revisionistische Linie Deng Hsiao-pings wird nicht nur das Bestehende verteidigt, sondern die Revolution unter der Diktatur des Proletariats weitergeführt. Ein Beispiel dafür sind die Veränderungen im Schanghaier Hüttenwerk Nr. 5.

So wurde, angeleitet vom Parteikomitee des Werkes, sehr gründlich diskutiert, worin die Schädlichkeit der Politik Deng Hsiao-pings liegt. Vorwärtstreibend dabei war eine Studiengruppe des Marxismus-Leninismus aus Arbeitern des Werkes, die sich gleichzeitig darum kümmerte, die Ergebnisse der Diskussion auch in die Praxis umzusetzen. Durch das so steigende Bewußtsein der Arbeiter sind viele Probleme leicht zu lösen, treten immer wieder neue sozialistische Dinge und neue Menschen hervor.

In der Werkhalle Nr. 8 wurden nach Vorschrift zwei Dampfhämmer von fünf Personen bedient. Aber eines Tages kamen zwei Arbeiter nicht zur Arbeit. Mit nur einem Hammer in Betrieb würde die Produktion sinken. Nach einer Lagebesprechung beschloß ein Kader, mit drei anderen Arbeitern die beiden Hämmer zu bedienen, nach der Methode, daß der Kader genau wie die Arbeiter Schicht machte. Mit anderen Worten: Vier Personen taten die Arbeit von sonst fünf.

Früher gab es unter den Stahlschmelzern sechs Grade. Gewöhnlich dauerte es fünf bis sechs Jahre, daß ein Schmelzer vom sechsten zum ersten vorrückte. Da kamen die Arbeiter zu der Einsicht, daß dies der Entwicklung der sozialistischen Produktion und der Heranbildung der Menschenkräfte nicht günstig war. Mit der bereitwilligen Hilfe erfahrener Arbeiter gelang es vielen jungen Arbeitern, durch gewissenhaftes Lernen schon ein, zwei Jahre nach ihrer Einweisung in die Fabrik das Niveau eines Stahlschmelzers ersten Grades zu erreichen. Dadurch können auch die Produktionsaufgaben nach dem Prinzip „mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher" erfüllt werden.

Die Kader und Arbeiter der Werkhalle Nr. 5 brachten da zum Beispiel in Erfahrung, daß ein von ihnen produzierter Walzstahl, der den Spezifikationen entsprach, in Verbraucherbetrieben zu 20 - 30% Ausschuß wurde. Nach eingehenden Untersuchungen stellte sich heraus, daß der Ausschuß im Verbraucherbetrieb verringert würde, wenn das Hüttenwerk weitere fünf Arbeitsgänge über die ursprünglichen Abmachungen hinaus einschaltete. Dadurch würden jedoch die Produktionskosten des Hüttenwerks steigen, der Gewinn sinken. Durch Besprechungen erkannten aber alle schließlich, daß die Denkweise „Profit über alles" zur kapitalistischen Denkweise gehöre, daß ein sozialistischer Betrieb das Ganze in Betracht ziehen, das Teilinteresse sich dem Ganzen fügen müsse. Nachdem die weiteren fünf Arbeitsgänge eingegliedert worden waren, erreichte der vom Verbraucherbetrieb benutzte Stahl bis zu 98% hohe Qualität.

Ein Kontingent der Dreierverbindung für technische Neuerungen, mit Arbeitern als Hauptkraft, ist in allen Werkhallen des Hüttenwerks tätig. Um mehr für den Staat zu leisten, packen Arbeiter wie Kader kräftig bei technischen Neuerungen an. Von 1972 bis 1975 wurden in diesem Hüttenwerk 804 technische Neuerungen eingeführt, die große Bedeutung für die Steigerung der Produktionskapazität haben.

Beim Sortiment hat man mit der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Buntmetallen und Schwarzmetallen gebrochen und übernimmt jeglichen Auftrag für das, was der Staat dringend braucht.

Demonstration gegen die Mauer



Kundgebung vor der Mauer im Wedding



Genossen der RG malten dieses Bild Mauer und zum sozialfaschistischen Regime in der DDR bekannten. Vor dem Tor bildeten sich immer wieder große Diskussionstrauben und es gelang den Genossen, einige neue Kontakte zu knüpfen.

Fortsetzung von Seite 1

Schon am 11. August hatten die Genossen der Partei im Westberliner Bezirk Wedding entlang der Demonstrationsroute mehrere kurze Kundgebungen gegen die Mauer durchgeführt.

In den Tagen vor dem 13. August erschien in allen Betriebs- und Stadtteilzeitungen der Partei der Leitartikel des „Roten Morgen" 32/76 „Weg mit der Mauer!". In vielen Städten der Bundesrepublik fanden an diesen Tagen von der Partei organisierte Kundgebungen gegen die Mauer und das sozialfaschistische Honecker-Regime in der DDR statt.

In Offenbach hatte die revisionistische SDAJ am 14. August zu einer sogenannten „Rock-Song-Skiffle-Fete" eingeladen. Die Ortsgruppen der ROTEN GARDE Offenbach und Seligenstadt nutzten diese Gelegenheit, um die Jugendlichen über den sozialfaschistischen Charakter des Honecker-Regimes in der DDR aufzuklären und verteilten das Flugblatt gegen die Mauer am Eingang des Festplatzes. Sie berichten, daß sich von den ca. 100 Jugendlichen nur zwei zum Bau der

Auch in der Lübecker Innenstadt verteilten Genossen das zentrale Flugblatt unserer Partei gegen die Mauer und hielten eine Kundgebung ab. Als sie ein sechs Meter langes Transparent mit der Parole „Weg mit der Mauer – KPD/ML" an Ballons in die Luft steigen ließen, spendeten mehrere hundert Passanten spontan Beifall.

Bevorzugte Behandlung für vietnamesische "Flüchtlinge"

Wer als Vietnamese oder Kambodschaner gegen die Befreiung seines Landes vom US-Imperialismus und den einheimischen Verrätern ist, der findet in der Bundesrepublik offene Arme. Bonn läßt diejenigen, die es vorher in ihrem Krieg gegen das vietnamesische und kambodschanische Volk unterstützt hat, auch nach ihrer Niederlage nicht im Stich.

So hat Bonn sich sofort bereit erklärt, 1 000 Vietnamesen, die sich in Lagern in den USA oder in Süd-Ostasien aufgehalten haben, in der Bundesrepublik aufzunehmen. Asyl als „politisch Verfolgte“ ist ihnen sicher. Aber auch um ihren Lebensunterhalt brauchen sie sich nicht zu sorgen. So heißt es in einem Rundschreiben des Innenministers von Nordrhein-Westfalen: „Die Bundesanstalt für Arbeit hat durch Erlaß an die Dienststellen der Arbeitsverwaltung sichergestellt, daß vietnamesischen Flüchtlingen auch bei ungünstiger Arbeitslage . . . eine Arbeitserlaubnis erteilt werden kann.“ Die gleiche Regelung gilt für vietnamesische und kambodschanische Studenten, die nicht mehr in ihre Heimat zurück wollen, nachdem dort der Volkskrieg gesiegt hat.

Das beschließt die gleiche Bundesregierung, die unter der chauvinistischen Parole „Die Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg“ gegen türkische, italienische, spanische und andere ausländische Kollegen hetzt und sie zu Tausenden und Abertausenden abschiebt. Aber Ausländer ist eben für die Kapitalisten nicht gleich Ausländer! Auch die vielbeschworene Sorge um den „deutschen Arbeitnehmer“ entpuppt sich als plumpe Lüge, wenn man sieht, daß es „auch bei ungünstiger Arbeitsmarktlage“, also auch dann, wenn die Arbeitslosigkeit hier groß ist, etwa für kambodschanische Herrensöhnchen, die hier in der Bundesrepublik den nötigen Schliff für ihr späteres Schmarotzerdasein in Kambodscha bekommen sollten, immer noch ein warmes Plätzchen gibt.

Man sieht, die Bourgeoisie hier in Westdeutschland denkt durchaus international – wenn es um ihresgleichen geht. Dabei geht es der Bundesregierung allerdings nicht nur um ein gutes Leben für die reaktionären Kambodschaner und Vietnamesen hier. Sie denkt weiter. Bekanntlich hat die Bundesrepublik das Demokratische Kampuchea immer noch nicht diplomatisch anerkannt. Noch vor einem halben Jahr wurde dem kambodschanischen Botschafter in Frankreich die Einreise in die Bundesrepublik verweigert. Dieser Kampf gegen das Demokratische Kampuchea auf der diplomatischen Ebene ist begleitet von blutrünstigen Hetzkampagnen, die alle paar Monate aufs Neue entfacht werden. Beides – der diplomatische und der propagandistische Krieg der bundesdeutschen Kapitalisten gegen Vietnam und vor allem gegen Kambodscha stehen im Zusammenhang mit den feindseligen Bestrebungen der US-Imperialisten gegen Kambodscha, die bereits zweimal nach der Befreiung Kambodschas bewaffnete Aggressionen gegen das Land verübten.

Diese vielfältigen Anstrengungen der Imperialisten zeigen: Sie denken nicht daran zuzuschauen, wie das Volk nach der Vertreibung der US-Imperialisten und der einheimischen Verräter in Frieden sein Land aufbaut, wie in Kambodscha eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung errichtet wird. Im Gegenteil, sie hoffen darauf, daß eines Tages dem Volk die Macht wieder entrissen wird und tun ihr Möglichstes, um diese Hoffnung zur Wirklichkeit werden zu lassen.

In diesem teuflischen Plan haben auch die kambodschanischen und vietnamesischen Studenten und Flüchtlinge ihren Platz: als „Augenzeugen“ für die Hetze, die die Bourgeoisie gegen den heldenhaften Kampf der Völker entfacht und als „Vertriebene“, für die die Imperialisten bei Bedarf das „Recht auf Heimat“ fordern können.

Mit diesen Machenschaften aber werden sich die westdeutschen Imperialisten nicht nur den Haß der Völker der Welt zuziehen, sondern auch der westdeutschen Werktätigen. Denn das Volk will die Freundschaft mit den heldenhaften Völkern Vietnams und Kambodschas, nicht aber mit seinen Feinden und ihren Kumpanen.

Nazirichter in Hamburg:

Im Namen von Volk und Rasse?

Kaum ein paar Tage war es her, daß in Hamburg die Polizei mit brutaler Gewalt Demonstranten zusammengeknüppelt hatte, die gegen einen internationalen Faschistenkongreß protestierten. Da wurden die Hamburger daran erinnert, daß der Senat alte und neue Nazis beileibe nicht nur auf der Straße schützt. Auch als Nazi-Richter kann man auf den Senat vertrauen.

Es kam nur durch einen Zufall heraus: als der Hamburger Gerichtspräsident Stiebeler den 65 Jahre alten Richter Dr. Günter Schultz zur Beförderung zum Vorsitzenden Richter vorschlug. Da nämlich stellte sich heraus, daß Schultz bereits im Hitlerfaschismus Richter gewesen war. Er war von 1940 bis 1943 Beisitzer in der 6. Strafkammer des Hamburger Landgerichts. Er war dort an mindestens 15 Prozessen gegen Menschen beteiligt, die wegen Verstoß gegen die faschistischen Rassesgesetze angeklagt waren. Dabei gab sich das Gericht, dem auch Schultz angehörte, meist mit Gefängnisstrafen nicht zufrieden. Es schickte die Angeklagten für viele Jahre ins Zuchthaus.

Wie die meisten Richter hatte auch Schultz von der sogenannten Entnazifizierung nichts zu befürchten. In allen Bereichen – bei der Polizei, beim Militär, beim Verfassungsschutz usw. – griffen die westdeutschen Imperialisten auf diese Staatsdiener zurück, die bereits bewiesen hatten, daß sie als Diener der herrschenden Kapitalistenklasse keine Skrupel kennen. Bei den Richtern vor allem. So fand der erste Prozeß nach dem zweiten Weltkrieg gegen einen ehemaligen Nazi-Richter in den 60er Jahren (!) statt.

In Hamburg ist jetzt viel Wirbel um die Beförderung von Schultz entstanden. Mag sein, daß sie abgelehnt wird. Allein, daß Schultz vorgeschlagen wurde, ist eine Provokation. Und Beförderung hin, Beförderung her, eines ist Schultz auf jeden Fall sicher, eine hübsche Pension für seine treuen Dienste für die deutschen Kapitalisten vor und nach 45.

"Monitor" über "Wiking"-Jugend

Faschisten breiten sich aus

Immer offener können unter dem Schutz von Polizei, Klassenjustiz und dem ganzen kapitalistischen Staatsapparat offen faschistische Banden in der Bundesrepublik ihr konterrevolutionäres Unwesen treiben. Selbst der Verfassungsschutzbericht muß zugeben, daß die Aktivität dieser Banden im letzten Jahr um 51% zugenommen hat. So werden mittlerweile über 121 verschiedene Faschistenblättchen, die direkt den Faschismus propagieren, herausgegeben und verbreitet. Über eine dieser Banden berichtete kürzlich das Fernsehen in der Sendereihe „Monitor“, die „Wiking-Jugend“.

Reporter vom Fernsehen versuchten nachts Aufnahmen eines Jugendlagers der faschistischen Wiking-Jugend zu machen, als die Jugendlichen um ein Lagerfeuer saßen. Als die Faschisten die Reporter bemerkten, stürmten sie mit Stangen und Messern bewaffnet auf die beiden Reporter. Eine Handlampe wurde ihnen aus den Händen geschlagen, damit sie niemanden erkennen konnten. Als sich beide in ihr Auto flüchteten, wurden erst die Scheinwerfer eingeschlagen, dann die Reifen zerstochen, die Scheiben eingeschlagen und schließlich ein Baumstamm von hinten ins Auto gerammt. Ganz systematisch wurde dabei vorgegangen und es zeigte sich, daß dies Vorgehen offensichtlich eingeübt war. Die Reporter kamen dennoch mit dem Leben davon.

Bei der Wiking-Jugend wie auch bei den anderen offen faschistischen Organisationen werden die Mitglieder nicht anders als bei den SA-Banden systematisch gedrillt auf Mord und Terror. Da werden Hitlerlieder gesungen, Schwüre abgelegt wie „schlagt die Kommunisten und Sozis tot“. Auch militärische Übungen gehören dazu einschließlich der Umgang mit Waffen. So wurde z.B. bei der Wiking-Bande mit einem 98er Karabiner geschossen.

Auf den Schutz durch den Staatsapparat können sich diese faschistischen Banden dabei verlassen. Das hat nicht nur das Beispiel des jüngsten Faschistenkongresses in Hamburg gezeigt, wo jetzt als nächstes ein Treffen internationaler Waffen-SS-Verbände auf der Tagesordnung steht. Ein Beispiel dafür ist auch die „Nationalsozialistische Kampfgruppe Groß-Deutschland“, die in militärischen bewaffneten Einsätzen den Kampf gegen – wie sie sagen – „bolschewistische Rotten“ übt. Bei dieser Bande wurden sogar Eierhandgranaten, Gewehre, Pistolen und mehrere tausend Schuß Munition sichergestellt. Die „Strafe“ für diese Bande: sechs Monate bis ein Jahr Gefängnis auf Bewährung! (Zum Vergleich dazu: Genosse Michael Banos von der Roten Hilfe Deutschlands wurde als Presseverantwortlicher wegen Beleidigung und Verächtlichmachung der Bundesrepublik zu sieben Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt).

So tritt dieses faschistische Gelichter immer offener und frecher auf, wobei es sich auf den kapitalistischen Staatsapparat stützen kann, der diese Banden sogar noch fördert. Denn dem Staatsapparat ist die Ausbreitung dieser Faschisten-Organisationen nur allzu recht. Sie helfen ihm, den Faschisierungsmaßnahmen des bürgerlichen Staatsapparates propagandistisch den Weg zu ebnen und für den Faschismus offen Reklame zu machen, wie sie der Staatsapparat in dieser Offenheit nicht durchführen kann, will er sich nicht gänzlich vor den werktätigen Massen als Quelle der Faschisierung demaskieren.

Schreibt den Genossen in Haft an folgende Adressen

Sascha Haschemi
Hindenburgring
8910 Landsberg

Heinz Baron
Gartenstr. 26
44 Münster, JVA



Am 3.9. findet im **Landgericht Hamburg** die Berufungsverhandlung im Prozeß gegen den „Roten Morgen“ vom Juni 1973 (Bonner Parlamentarier – korrupt bis auf die Knochen) statt. Angeklagt sind Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML und Gernot Schubert. In der ersten Instanz wurden die beiden Genossen zu 2 000 DM bzw. 1 500 DM verurteilt.

Am 15.9.76 findet im Amtsgericht Dortmund ein Prozeß gegen die Redakteurin der Zeitung „Die Rote Garde“, Wiebke Haneld, statt. Angeklagt ist die Ausgabe 3/75 der Zeitung wegen eines Beitrages zum ersten Todestag des Genossen Günter Routhier. (Amtsgericht Dortmund, Gerichtsstraße 22, Zi. 126, 14.00 Uhr)

SPENDENKONTO
Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto.: 321004547
Stichwort: SOLIDARITÄT

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN“
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Keine Erhöhung der Sozialhilfe

Die Bundesregierung macht in Sachen Soziales kurz vor der Wahl ein großes Theater. Sehen wir uns aber mal die Wirklichkeit an, z.B. im Bereich der Sozialhilfe, die schon heute an einige Millionen Werktätige und Rentner gezahlt werden muß, weil sie anders in unserem „Wohlfahrtsstaat“ gar nicht leben könnten:

Ab 1. August 76 sollte es eine Erhöhung der Regelsätze (Sozialhilfe-Sätze) geben und zwar um ca. 3%!

In einigen Sozialämtern (z.B. in Herne) sind die neuen Beträge schon umgerechnet gewesen – da gab es einen kurzen Befehl von oben: keine Erhöhung der Sozialhilfe!

Was aber heißt das für diejenigen, die von der Sozialhilfe abhängig sind? Bei rapider Teuerung aller lebensnotwendigen Waren eine spürbare Verschlechterung ihrer Lebenssituation, ein Leben – trotz Sozialhilfe – unter dem Existenzminimum!

Die herrschende Kapitalistenklasse bereichert sich also noch an den Ärmsten der Armen! Aber zugleich wächst der Haß gegen ihren Betrug am Volk, es gibt immer mehr, die gegen diesen kapitalistischen Staat sind und nicht immer glauben, was ihnen als „Wahrheit“ verkündet wird.

Rot Front, ein Genosse aus Bochum

Bundeswehroffizier gegen Druckerstreik

Ich bin Soldat in einer Instandsetzungskompanie in Delmenhorst-Adelheide. Jede Woche haben wir etwa eine Stunde „Truppeninformation“ oder „staatsbürgerlichen Unterricht“.

Bei einem dieser Unterrichte ging es um den Druckerstreik. Ein dümmlicher Oberfeldwebel stand vorne und erzählte uns etwas davon, daß er die Forderungen der Drucker für ungerecht hielte usw. Dabei fragte er uns dann nach unserer Meinung: „Was meinen Sie denn, bedeutet die Aktion der Drucker (Zensur des reaktionären Hetzartikels) für Sie eine Einschränkung der Meinungsfreiheit? Gefreiter Soundso?“

Daraufhin der Kamerad: „In keinster Weise, Herr Oberfeldwebel, der Streik der Drucker ist eine gerechtfertigte Sache und die Zensur des Hetzartikels ein angebrachtes Mittel.“

Oberfeld: „Aber es gibt doch sicher noch andere Meinungen. Ja bitte, Herr Gefreiter!“

Gefreiter: „Ich finde mich ebenfalls in gar keinem Falle durch den Druckerstreik in meiner Meinungsfreiheit beeinträchtigt.“ Der Kamerad führte aus, daß es gerade Springer und die anderen Zeitungsmonopole sind, die die Pressefreiheit dadurch beeinträchtigen, daß sie die Alleinherrscher auf diesem Markt sind. „Es ist ja wohl lächerlich“, sagte der Kamerad, „wenn gerade diese Herren von Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit sprechen.“

Jetzt begann der Oberfeld sauer zu werden: „Ich hatte gesagt, ich will eine andere Meinung hören und nicht immer dieselbe!“ Dann sagte er, jeder, der eine andere Meinung habe, solle sich doch mal melden. Es ging aber kein Finger hoch. Als der Oberfeld dann noch seine reaktionäre Meinung darlegte, daß er sich beeinträchtigt fühlte, kam von ganz hinten ein Zwischenruf: „Kein Wunder, Du liest ja auch sowieso nur Bildzeitung.“

Rot Front, ein Soldatengenosse

Spenden

Spenden für den „Roten Morgen“

Im Juli gingen folgende Spenden auf das Konto des „Roten Morgen“ ein:

Sektion Westberlin	1.7.76	1145,– DM
Spenden aus verschiedenen Ortsgruppen	1.7.76	850,– DM
Gen. aus Stuttgart	2.7.76	110,– DM
U.M. Westberlin	2.7.76	40,– DM
W.K. Essen	2.7.76	20,– DM
B.F. Bonn	9.7.76	5,– DM
R.C. Herford	12.7.76	30,50 DM
Stadtteilzelle Wedding	16.7.76	117,80 DM
Leserunde Wedding	16.7.76	30,– DM

Insgesamt wurden damit im Juli 2 374,60 DM für den „Roten Morgen“ gespendet. Wir danken allen Spendern.

Im Monat Juli wurden folgende Spenden auf das Konto des Parteivorstandes der KPD/ML überwiesen:

Spenden für die KPD/ML

9.7.	Kunden Buchladen Hamburg	108,14 DM
20.7.	RG-Treff Hamburg, Wahlkampf	11,– DM
23.7.	OG Nürnberg	169,– DM
Gesamt		288,14 DM

Solidaritätsspenden

1.7.	RG Lingen	18,– DM
9.7.	W.K., Essen	20,– DM
13.7.	LV Wasserkante, Sammlung für RM-Prozesse	1 332,50 DM
16.7.	Ungenannt, Wuppertal	20,– DM
20.7.	Veranstaltung Marburg	[illegible],– DM
22.7.	T.R., Bielefeld, RM-Prozesse	20,– DM
26.7.	J.B., Essen	20,– DM
Gesamt		1 481,50 DM

Spenden für die KPD/ML, Sektion DDR

2.7.	Skatrunde Darmstadt	20,30 DM
12.7.	K.St., Karlsruhe	100,– DM
15.7.	Kollegen von HDW, Kiel	4,– DM
21.7.	Gen. aus Krankenhäusern, West-Berlin	100,– DM
22.7.	T.S.H., Dortmund	50,– DM
23.7.	OG Nürnberg	90,– DM
Gesamt		364,30 DM

Spenden für den „Roten Morgen“

7.7.	KSB/ML, PH West-Berlin	50,– DM
9.7.	Kunden Buchladen Hamburg	286,02 DM
16.7.	B.M., Kiel	25,– DM
16.7.	Kunden Buchladen Stuttgart	70,– DM
19.7.	Kunden Buchladen Bochum	40,89 DM
Gesamt		471,91 DM

Sonstige Spenden

1.7.	Veranstaltung Frankfurt, PAC	2 700,– DM
1.7.	R.D., Hamburg, PAC	5,– DM
2.7.	Hochzeitsfeier Darmstadt Kambodscha	145,– DM
6.7.	Geburtstagsfeier Kitzingen, PAC	60,– DM
7.7.	OG Reutlingen, FRAP	95,– DM
7.7.	J.Z., Ravensburg, Polen	30,– DM
9.7.	Kunden Buchladen Hambg, Kambodscha	146,– DM
12.7.	P.M., München, PAC	100,– DM
14.7.	RG-Treff, Kiel, Polen	57,37 DM
21.7.	Arbeitertreff Kiel, PAC	62,50 DM
23.7.	OG Nürnberg, PAC	34,50 DM
27.7.	Arbeitertreff Lübeck PAC	37,85 DM
29.7.	F.B., Bremen, PAC	50,– DM
30.7.	Arbeitertreff Hambg., Polen	33,06 DM
Gesamt		3 556,28 DM

Zum 20. Todestag von Bertolt Brecht II. Teil

"Und weil der Prolet ein Prolet ist..."

Am 14. August 1956, vor 20 Jahren, starb in Ost-Berlin der revolutionäre Dichter und Schriftsteller Bertolt Brecht. Fast drei Jahrzehnte seines Lebens war er mit dem revolutionären Kampf des deutschen Proletariats verbunden und schuf in dieser Zeit zahlreiche Lieder, Theaterstücke und Gedichte, die in der deutschen revolutionären Arbeiterbewegung unvergessen bleiben werden, wie etwa das „Einheitsfrontlied", die „Resolution der Kommunarden", das „Solidaritätslied" oder das Theaterstück „Die Mutter" nach dem Roman von Maxim Gorki.

Obwohl Bertolt Brecht nicht Mitglied der Kommunistischen Partei war, ist der Hauptteil seines Schaffens durchdrungen von einer tiefempfundenen Parteinahme für die Sache des proletarischen Klassenkampfes, für die revolutionäre Gewalt der Massen und die Diktatur des Proletariats, sowie für den Kampf um die Einheit und Unabhängigkeit der deutschen Nation.

Der erste Teil des Artikels beschäftigt sich mit der Entwicklung Bertold Brechts von einem bürgerlichen zu einem revolutionären Schriftsteller, der seinen Platz an der Seite der Arbeiterklasse einnahm und ihren Kampf mit seinen Werken unterstützte. Diese Tätigkeit brachte ihm auch die Notiz in den Polizeiakten ein, „daß Brecht überzeugter Kommunist und als solcher auch schriftstellerisch für die KPD tätig ist." (1932)

„Sie tragen ein Kreuz voran
auf blutroten Flaggen,
das hat für den armen Mann
einen großen Haken"

1933 ergreift der Hitler-Faschismus die Macht. Das Finanzkapital hat seine blutige, terroristische Diktatur über die Arbeiterklasse und das Volk errichtet. Brechts Bücher sind unter denen, die von den Nazi-Horden auf die Scheiterhaufen der Bücherverbrennungen geworfen werden. Einen Tag nach dem Reichstagsbrand, der Provokation der Nazis, die als Fanal zur Vernichtung und Ausrottung der Kommunisten geplant war, flieht Brecht aus Deutschland. Zwei Jahre nach seiner Flucht erfährt er aus einer ausländischen Zeitung, daß man ihm in Deutschland seine Staatsbürgerschaft aberkannt hat. Fünfzehn Jahre lang bleibt Brecht von nun an im Exil, in Paris, Moskau, Dänemark, Schweden, Finnland, dann nach einem weiteren Aufenthalt in der Sowjetunion, siedelt er nach Kalifornien um, wo er bis 1949 lebt. Unter den schweren Bedingungen des Exils, oft von Ausweisung bedroht und schikaniert, ließ Bertolt Brecht jedoch nicht vom antifaschistischen Kampf ab. Er verachtete diejenigen deutschen „Künstler" und Intellektuellen, die sich von den Nazis kaufen ließen und zu ihren Propagandisten wurden oder sich angesichts des politischen Terrors vom Kampf zurückzogen. Brecht reist nach Paris, um an der Bildung einer antifaschistischen Einheitsfront unter dortigen Emigranten zu kämpfen. Er spricht auf den antifaschistischen internationalen Schriftstellerkongressen in Paris und London. Ab 1936 gibt er gemeinsam mit dem proletarisch-revolutionären Schriftsteller Willi Bredel und Lion Feuchtwanger die in Moskau erscheinende antifaschistische Zeitschrift „*Das Wort*" heraus. Er schreibt Stücke, die zum Kampf gegen den Faschismus aufrufen, wie die Szenenfolge „*Furcht und Elend des Dritten Reiches*" und „ *Die Gewehre der Frau Carrar*", ein Stück über den spanischen Bürgerkrieg. Außerdem zahllose Gedichte, Satiren und Aufsätze gegen den Hitler-Faschismus. Schonungslos entlarvte er aber auch diejenigen bürgerlichen Intellektuellen, die den Geist der Schwankungen und des Kapitulantentums in die antifaschistische Bewegung trugen. Das bezeugen die Titel vieler Gedichte wie „*Gegen die Objektiven*", „*Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt ...*", „*An die Gleichgeschalteten*", „*Lied der Speichellecker*", usw.

Während Brecht in dieser Zeit des angespannten Kampfes große dramatische Werke von hohem politischen und künsterlischen Gehalt schrieb, — es entstanden die Theaterstücke „*Mutter Courage*", „*Das Leben des Galilei*" und andere, bemühte er sich zugleich, für den direkten Kampf, für die Agitation zündende proletarische Massenlieder zu schreiben. Als Hitler, der deutsche Imperialismus, 1934 seine Klauen nach dem Saargebiet ausstreckte und die illegale Kommunistische Partei den Kampf gegen die Angliederung der Saar führte, entstand z. B. das „*Saarlied*", in dem es heißt: „*Die uns das große Deutschland / zerfleischten ganz und gar / Jetzt strecken sie die Hände aus / nach unserer kleinen Saar / Haltet die Saar, Genossen, / Genossen, haltet die Saar / Dann werden wir das Blatt wenden / am 13. Januar.*" (= der Tag der „Volksabstimmung" über das Schicksal der Saar.)

Ein großer Teil des revolutionären Schaffens von Bertolt Brecht zu dieser Zeit wie auch später ist dem flammenden Kampf gegen den imperialistischen Krieg gewidmet. Bertolt Brecht hatte bereits vom Ende des 1. Weltkrieges an in zahlreichen Werken den imperialistischen Krieg, seine verheerenden Folgen für die Arbeiterklasse und das werktätige Volk mit scharfen, eindrucksvollen Worten gegeißelt. Allerdings wurden seine Arbeiten in der Zeit des Exils reifer und brachten, nachdem er bestimmte kleinbürgerlich-pazifistische Tendenzen überwunden hatte auf Grund seines ernsthaften Studiums des Marxismus-Leninismus, die revolutionäre proletarische Auffassung vom Kampf gegen den Krieg zum Ausdruck. So etwa in dem „*Lied gegen den Krieg*", dessen letzte Strophen lauten:

„Der Prolet zahlt die Niederlage
Der Prolet zahl den Sieg.
Drum planen sie bis zum Jüngsten Tage
Mit ihm noch manchen blutigen Krieg.
Dreck euer Krieg! So macht ihn doch allein!
Wir drehen die Gewehre um
Und machen einen andern Krieg
Das wird der richtige sein.
Der Prolet steht Jahr und Tag im Kriege
In der großen Klassenschlacht
Und er blutet und zahlt bis zu seinem Siege,
Der ihn für immer zum Herren macht.
Dreck euer Krieg! So macht ihn doch allein!
Wir drehen die Gewehre um
Und machen einen andern Krieg
Das wird der richtige sein."

Auch nachdem Brecht in die USA übergesiedelt war, verfolgte er mit brennendem Interesse den Kampf der Kommunistischen Parteien in Europa und vor allem den siegreichen Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion Lenins und Stalins, der ihn begeisterte und zu vielen Werken inspirierte. In vielen Aufsätzen und Schriften verteidigte er die proletarische Diktatur in der Sowjetunion gegen bürgerliche und revisionistische Angriffe. Dabei führte Brecht auch einen scharfen Kampf gegen die verbrecherischen Trotzkisten, die eine weltweite konterrevolutionäre Hetzkampagne gegen die Sowjetunion begonnen hatten. In mehreren Schriften erläuterte und propagierte er die Bedeutung der Moskauer Prozesse gegen die Teilnehmer der Verschwörung des Blocks der Rechten und Trotzkisten gegen die Sowjetunion und ließ sich von der bürgerlichen Hetze seiner Umgebung nicht irre machen, selbst, als eine Reihe ehemaliger Freunde Brechts verurteilt wurden.

Obwohl Bertolt Brecht nicht Mitglied der Kommunistischen Partei war und ohne direkten Zusammenhang mit ihr arbeitete, nahm er stets an ihrem Kampf teil und stellte seine künstlerischen Möglichkeiten in den Dienst des Freiheitskampfes des deutschen Proletariats. 1948, nach langen Jahren des erzwungenen Exils, kehrte er nach Deutschland, in die DDR zurück, um sich dem ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden zur Verfügung zu stellen.

„Und wir werden ein Deutschland erringen,
Und es wird neu und ein anderes sein"

Das letzte Jahrzehnt seines Lebens widmete Bertolt Brecht vorbehaltlos dem Kampf für den Aufbau des Sozialismus, für die Einheit der deutschen Nation und dem Kampf gegen den westdeutschen Revanchismus. Gemeinsam mit seiner Frau, der Schauspielerin Helene Weigel, leitete er in Ost-Berlin das berühmte Theater am Schiffbauer Damm, dessen „Berliner Ensemble" mit der Aufführung revolutionärer und fortschrittlicher bürgerlicher Theaterstücke eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung der fortschrittlichen deutschen Nationalkultur und der Erziehung der Massen im Geiste des Kommunismus spielte. Hier entwickelte Brecht auch seine theoretischen Arbeiten über das Theater weiter und erprobte sie in der Praxis; bei seiner Suche nach neuen Wegen, dem bürgerlichen „rein unterhaltenden" und vom Klassenkampf ablenkenden Theater eine neue Art von Theater entgegenzusetzen, das der Arbeiterklasse und ihrem revolutionären Kampf dient, leistete er viele wichtige Beiträge zur Entwicklung der proletarischen Kunst des sozialistischen Realismus.



In zahlreichen Schriften, Reden und Offenen Briefen an westdeutsche Künstler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nahm Bertolt Brecht entschieden gegen die Spaltung der deutschen Nation durch den US-Imperialismus und seine Bonner Lakaien, gegen das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus im Westen und besonders gegen die Remilitarisierung Stellung. Anläßlich der revolutionären Weltjugendfestspiele 1952 schrieb Brecht eine Kantate mit dem Titel „*Herrnburger Bericht*", die den Kampf einiger Tausend westdeutscher Jugendlicher beschreibt, die, auf dem Rückweg von den Weltjugendfestspielen in Ost-Berlin, von der Adenauer-Polizei festgenommen und mehrere Tage auf freiem Feld gefangen gehalten werden. Darin sind die bekannten Spottlieder gegen die reaktionären Vertreter des westdeutschen Imperialismus, Adenauer und Schuhmacher, enthalten. So heißt es über den reaktionären SPD-Führer Schuhmacher, der für die revanchistische Politik Bonns und für die Spaltung der Nation eintrat: „*Schuhmacher, Schuhmacher, dein Schuh ist zu klein / in den kommt ja Deutschland gar nicht hinein!*" und über Adenauer: „*Adenauer, Adenauer, zeig deine Hand, / um 30 Silberlinge verkauftest du unser Land!*" Die Reaktion kam prompt. Brechts Werke wurden im Westen — verboten.

„... und ein Gruß von Josef Stalin,
und ein Gruß von Mao Tsetung."

„*Den Unterdrückten von fünf Erdteilen, denen, die sich schon befreit haben, und allen, die für den Weltfrieden kämpfen, muß der Herzschlag gestockt haben, als sie hörten, Stalin ist tot. Er war die Verkörperung ihrer Hoffnung. Aber die geistigen und materiellen Waffen, die er herstellte, sind da, und da ist die Lehre, neue herzustellen.*" Diese Worte schrieb Brecht, als 1953 Josef Stalin, der Führer des Weltproletariats, starb. Und die Zeit, „die Waffen, die er herstellte", zu gebrauchen, kam schnell. Nur wenige Monate nach Stalins Tod brach in der DDR der konterrevolutionäre Aufstand des 17. Juni aus. Ein Heer amerikanischer und westdeutscher Agenten war in die DDR geströmt, hatte dort die Unzufriedenheit breiter Teile der Bevölkerung mit bestimmten Erscheinungen in der DDR systematisch geschürt, mit dem Ziel, sie zum Aufstand gegen den sozialistischen Staat zu verführen.

Bertolt Brecht eilte, als er von den beginnenden Unruhen hörte, sofort nach Berlin, und rief das Kollektiv der Mitarbeiter seines Theaters zusammen. Man beriet die Lage. Brecht verfaßte ein Grußtelegramm an die Regierung, in der er sich entschieden gegen den konterrevolutionären Putschversuch wandte und seine Solidarität mit der Regierung zum Ausdruck brachte. Zugleich forderte er jedoch dazu auf, zu analysieren, warum sich auch gewisse Teile der Arbeiterklasse auf die Straße begeben und gestreikt hatten. Brecht vertrat die Ansicht, daß dies auf die Fehler der Regierung zurückzuführen sei, die durch ihre Politik, bestimmten privilegierten Schichten in der DDR immer größere Vorteile und höhere Löhne einzuräumen und die Differenz der Löhne immer mehr zu vergößern, anstatt sie systematisch abzubauen, erhebliche und berechtigte Unzufriedenheit besonders unter der Arbeiterklasse hervorgerufen hatte. Die Revisionisten Ulbricht und Konsorten, die heimlich schon lange den Weg des Verrats beschritten hatten, und die systematisch die Restauration des Kapitalismus vorbereiteten, weigerten sich jedoch, die Lehren aus dem 17. Juni zu ziehen. Die revisionistischen Verräter in der SED-Führung verstiegen sich sogar dazu, zu erklären, das Volk habe nach dem 17. Juni das Vertrauen der Regierung verloren. Brecht schrieb darüber ein kleines Gedicht:

„Nach dem Aufstand des 17. Juni
ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes
in der Stalin-Allee Flugblätter verteilen
auf denen zu lesen war, daß das Volk
das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
und es nur durch doppelte Arbeit
zurückerobern könne. Wäre es da
nicht doch einfacher, die Regierung
löste das Volk auf und
wählte ein anderes?"

Brecht betrachtete das Umsichgreifen revisionistischer Tendenzen in der Politik der Partei mit wachsender Sorge. Vorwiegend auf kulturpolitischem Gebiet nahm er den Kampf gegen den Revisionismus auf. Dies führte in den beiden letzten Lebensjahren Bertolt Brechts zu schweren Auseinandersetzungen mit den entsprechenden Organen der Partei- und Staatsführung, die zum Teil schon mit revisionistischen Verrätern durchsetzt waren.

Mit großem revolutionärem Enthusiasmus dagegen verfolgte Brecht die stürmische Entwicklung der sozialistischen Revolution in der Volksrepublik China. 1953 nach dem besten Buch des Jahres gefragt, antwortete er: „*Die Lektüre, die im vergangenen Jahr den stärksten Eindruck auf micht gemacht hat, ist Mao Tsetungs Schrift ‚Über den Widerspruch'*". Bertolt Brecht erlebte den umfassenden Verrat der Chruschtschow-Revisionisten am Marxismus-Leninismus, die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, der DDR und anderen Ländern nicht mehr. Er starb, 58-jährig, 1956 in Ost-Berlin, noch bevor die Große Polemik, der ruhmreiche Kampf der Marxisten-Leninisten mit den Kommunistischen Parteien Chinas und Albaniens an der Spitze gegen den modernen Revisionismus, offen ausbrach. Nimmt man die Gesamtheit seines Werkes, sein vorbehaltloses Eintreten für die Diktatur des Proletariats und die Sozialistische Revolution, seinen Haß auf Reformismus und Revisionismus, so ist es kaum fraglich, auf welcher Seite er gestanden hätte.

Bertolt Brechts Werk gehört nicht den Revisionisten. Die Honecker-Clique, die unter der Oberherrschaft der neuen Zaren im Moskauer Kreml eine sozialfaschistische Diktatur über das Volk errichtet hat und die Prinzipien und Ideale der Einheit und Freiheit der deutschen Nation mit Füßen tritt, hat auch die hohen revolutionären Ideale verraten, für die Bertolt Brecht mit seinen Werken kämpfte. Nicht umsonst verstümmeln sie sein Werk, unterschlagen seine revolutionäre Spitze und heben weniger gute, von formalistischen und intellektualistischen Tendenzen geprägte Züge hervor.

Ebensowenig wie die neue Bourgeoisie in der DDR kann die imperialistische Bourgeoisie im Westen Brechts Werk für sich in Anspruch nehmen. 1933 verbrannten sie seine Bücher, 1953 verboten sie sein Werk, bedrohten Lehrer, die ihn in der Schule behandelten, mit Berufsverbot und verhinderten die Aufführung seiner Stücke. Und heute, nach der Verabschiedung des 13./14. Strafrechtsänderungsgesetzes, das die Befürwortung der revolutionären Gewalt in Wort und Schrift unter Strafe stellt, ist es abermals eine Frage der Zeit, bis man die Verbreitung seiner revolutionären Lieder wieder unter Strafe stellt.

Seine Stücke, Lieder und Gedichte gehören der deutschen Arbeiterklasse, deren Kampf für ein sozialistisches Deutschland, für die Diktatur des Proletariats, Brecht dienen wollte und für den er unvergessene Beiträge lieferte. Die Arbeiterklasse und ihre Partei wird Bertolt Brecht in ihrem Herzen bewahren als einen treuen Verbündeten, dessen Werk und Kampf in dem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland erfüllt wird, das wir erkämpfen werden.

Krieg dem imperialistischen Krieg!

Heraus zum Roten Antikriegstag!

Fortsetzung von Seite 1

sionsplänen der russischen Sozialimperialisten einzuschläfern.

Wer heute nicht den Kopf in den Sand steckt, sondern die Weltlage analysiert, der erkennt, wie der Kampf um die Weltherrschaft zwischen den beiden Supermächten sich immer mehr zuspitzt. Wo stehen sich nicht überall ihre Truppen Lauf gegen Lauf gegenüber? Ihre Kriegsschiffe kreuzen auf allen Weltmeeren. Alle Konflikte, die heute auf der Welt ausbrechen, stehen in irgendeinem Zusammenhang mit dem Machtkampf der beiden Supermächte.

Die weltweite Rivalität der beiden Supermächte muß eines Tages zum Weltkrieg führen. Wie Lenin sagte, ist *„für den Imperialismus wesentlich der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie."* Und die Entscheidung dieses Wettkampfes wird mit Gewalt herbeigeführt. In der Periode des Imperialismus, wies Lenin nach, ist die Expansion einer imperialistischen Macht *„nur noch auf Kosten anderer, auf Kosten eines Staates im Interesse eines anderen möglich. In dieser Frage eine Entscheidung herbeizuführen, kann man nur durch Gewalt – und deshalb wurde der Krieg zwischen den räuberischen Weltmächten unvermeidlich."*

Das deutsche Volk muß sich in die weltweite Front gegen die beiden Supermächte einreihen

Allerdings, die Pläne der Supermächte sind eine Sache, ob sie sie verwirklichen können, eine andere. Auch Hitler, der deutsche Imperialismus, wollte die Weltherrschaft. **Aber das Ende kam schnell und seine Weltherrschaftspläne verbrannten im Feuer des antifaschistischen Befreiungskampfes der Völker. Heute können auch die beiden Supermächte nicht mehr schalten und walten, wie sie wollen.** Gerade die jüngste Geschichte hat das bewiesen. **Die heldenhaften Völker Kambodschas, Laos, Vietnams haben im langandauernden Volkskrieg die Supermacht USA besiegt, die amerikanischen Söldnertruppen aus ihren Ländern vertrieben.** Diese großen Siege der Völker Indochinas zeigen, daß es stimmt, was Mao Tsetung feststellt: *„Ein kleines Land kann ein starkes Land besiegen, ein kleines Land kann eine Großmacht besiegen. Das Volk eines kleinen Landes kann, wenn es den Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und zu den Waffen zu greifen und die Geschikke seines Landes in die Hand nimmt, bestimmt die Aggression einer Großmacht vereiteln".* Viele Völker haben das bereits erkannt und sich mit der Waffe in der Hand gegen den Imperialismus, besonders die beiden Supermächte, erhoben. Überall stoßen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte auf wachsenden Widerstand. Die weltweite Einheitsfront gegen den Imperialismus, besonders gegen die beiden Supermächte, erstarkt immer mehr. An ihrer Spitze stehen die sozialistischen Länder, besonders die Volksrepublik China und die Volksrepublik Albanien, unerschütterlich an der Seite der Völker und der Arbeiter aller Länder. **Das ist der einzige Weg, wie die unterdrückten Völker und das internationale Proletariat den beiden Supermächten und der von ihnen geschürten Kriegsgefahr entgegentreten können: überall, wo diese größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker und Hauptkriegstreiber stehen oder wo sie ihren Militärstiefel hinzusetzen versuchen, müssen sie schonungslos bekämpft und vertrieben bzw. zurückgeschlagen werden. Nur so können die Kriegspläne der russischen Sozialimperialisten und der USA-Imperialisten durchkreuzt werden.**

Europa ist das Schlüsselgebiet im Kampf der beiden Supermächte um die Hegemonie, und Deutschland ist einer der Brennpunkte dieses Kampfes. Die Grenze der Einflußzonen der Supermächte verläuft mitten durch Deutschland. Die DDR ist militärisch vom russischen Sozialimperialismus besetzt. Sie steht völlig unter dem Diktat Moskaus, und das Honecker-Regime ist nichts anderes als ein Vasallenregime der neuen Zaren im Kreml. Im Rahmen des Warschauer Paktes sind die deutschen Soldaten der „Nationalen Volksarmee" Söldner des Kreml. Das bewies z.B. der Überfall des russischen Sozialimperialismus auf die CSSR 1968, an dem auch DDR-Truppen beteiligt waren. Die DDR ist heute Aufmarschgebiet der sozialimperialistischen Truppen und Speerspitze des unter Moskauer Oberbefehl stehenden aggressiven Warschauer Paktes gegen Westdeutschland und Westeuropa.

In der Bundesrepublik und Westberlin dagegen stehen weit über 200.000 US-Besatzer mit modernsten Waffen, darunter auch taktischen Atomwaffen. Zig Milliarden mußten und müssen die Werktätigen Westdeutschlands für den Unterhalt der US-Besatzertruppen zahlen. Wie die DDR in den Militärblock Moskaus eingegliedert ist, ist die Bundesrepublik Mitglied des unter Oberbefehl Washingtons stehenden aggressiven Nato-Paktes. Die russischen Sozialimperialisten „begründen" ihre Besetzung der DDR damit, sie müßten die DDR vor dem Imperialismus schützen. Die Amerikaner erklären, ihre Besatzertruppen in Westdeutschland dienten zur „Verteidigung der freien Welt" gegen die Sowjetunion. So schaffen die beiden Supermächte eine Atmosphäre der Angst und der Bedrohung. *„Zur Rettung vor dieser Psychose und Drohung"*, sagt Genosse Enver Hoxha, der Führer des albanischen Volkes, *„werden mit großem Lärm zwei Schirme propagiert, ein amerikanischer und ein sowjetischer, zwischen denen man wählen muß, wenn man überleben will."*

Ginge es also nach dem Willen der beiden Supermächte, hätte das deutsche Volk nur die Wahl, für die „Freiheit" des USA-Imperialismus oder für die des russischen Sozialimperialismus zu sterben, und dabei sollen sich die Werktätigen der DDR und die Werktätigen der Bundesrepublik und Westberlins auch noch gegenseitig für die Interessen Moskaus bzw. Washingtons umbringen.

In dieser Lage gibt es für das deutsche Volk nur einen Weg: sich einzureihen in die weltweite Front der gegen die beiden Supermächte kämpfenden Völker. In Ost und West müssen sich die Werktätigen unseres Vaterlandes gegen die Besatzer erheben und für die Vertreibung der beiden Supermächte von deutschem Boden kämpfen: Russen raus aus der DDR, Amis und alle anderen ausländischen Truppen raus aus der Bundesrepublik und Westberlin.

Bonn auf der Seite der Kriegstreiber

Und was macht die Bundesregierung? – Sie selbst behauptet im Zusammenhang mit der sogenannten „neuen Ostpolitik", sie betreibe „eine Politik der Entspannung und der Friedenssicherung". Schaut man sich aber die tatsächliche Rolle an, die der westdeutsche Imperialismus heute in der Welt spielt, verflüchtigen sich die Propagandanebel schnell. Dann wird klar, daß die westdeutschen Imperialisten, unter denen sich ja die größten Kriegsverbrecher des letzten Weltkrieges befinden, heute mit den beiden Hauptkriegstreibern zusammenarbeiten, wenn auch in unterschiedlichem Maße, und selbst Kriegsvorbereitungen treffen.

Gewiß, der westdeutsche Imperialismus ist gegenwärtig nicht in der Lage, allein einen neuen Weltkrieg vom Zaun zu brechen, um gewaltsam eine Neuaufteilung der Welt zu seinen Gunsten zu erzwingen. Dafür ist er gegenüber den beiden Supermächten zu schwach. Das bedeutet aber nicht, daß die westdeutschen Imperialisten ihre aggressiven Ziele aufgegeben haben. Die westdeutschen Imperialisten wollen vielmehr als Komplizen und Handlanger des USA-Imperialismus am Kampf um die Neuaufteilung der Welt teilnehmen. *„Bis zu einem gewissen Grad – so empfinde ich es – sind wir alle Amerikaner geworden. Das trifft auf die Bundesrepublik Deutschland zu. . . "* Das erklärte Bundeskanzler Schmidt, als er vor einigen Wochen in Washington war. Gleichzeitig erklärte Schmidt vor kurzem, daß die Bonner Regierung weitere 171,2 Millionen DM an Steuergeldern für die Unterhaltung einer weiteren Brigade von 12.000 US-Besatzern in Norddeutschland zahlen wird. Der westdeutsche Imperialismus ist der wichtigste und stärkste Verbündete des USA-Imperialismus. Mit der 665.000 Mann starken Bundeswehr, mit 32 Milliarden Rüstungsausgaben im Jahr ist Bonn der wichtigste Stützpfeiler des von den USA beherrschten aggressiven Nato-Paktes. Unter den Ländern Westeuropas tut sich der westdeutsche Imperialismus als der eifrigste und bereitwilligste Sachwalter der amerikanischen Interessen und der Oberherrschaft des USA-Imperialismus über Westeuropa hervor. Als Handlanger und Komplize des USA-Imperialismus strebt der westdeutsche Imperialismus die Vorherrschaft über die anderen Länder Westeuropa an. Aber auch sein altes revanchistisches Ziel der Rückeroberung der DDR hofft der westdeutsche Imperialismus an der Seite des USA-Imperialismus verwirklichen zu können.

Gleichzeitig arbeiten die westdeutschen Imperialisten auch mit dem russischen Sozialimperialismus zusammen. Der russische Sozialimperialismus, der gegenüber dem USA-Imperialismus die jüngere, aufsteigende, aggressivere Supermacht ist, die besonders auf eine Neuaufteilung der Welt drängt, versucht mit allen Mitteln, in den Einflußbereich des USA-Imperialismus in Westeuropa einzudringen. Er versucht dabei, die Widersprüche des westdeutschen Imperialismus zum USA-Imperialismus auszunutzen und zu verschärfen. Um das zu erreichen, machten die neuen Zaren im Kreml den westdeutschen Imperialisten gewisse Zugeständnisse (z.B. in der Berlin-Frage, mit der Ausklammerung der Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR aus den deutsch-sowjetischen Verträgen usw.) So sollten die westdeutschen Imperialisten zu einer Änderung ihrer Haltung gegenüber der Sowjetunion bewegt werden. Mit der sogenannten „neuen Ostpolitik" schluckte Bonn Moskaus Köder. Für die Aussicht auf Riesenprofite im Ostgeschäft ließen sich die westdeutschen Imperialisten auch mit dem russischen Sozialimperialismus ein, der bereits einen Teil Deutschlands, die DDR, versklavt hat und Westdeutschland mit Aggression bedroht. Jede Mark aber, die die westdeutschen Imperialisten in der Sowjetunion investieren, macht russisches Kapital für die weitere Steigerung der Kriegsproduktion flüssig. Jeder sowjetische Auftrag, den die westdeutsche Industrie ausführt, macht sowjetische Kapazitäten für die Kriegsproduktion frei. Das ist die eine Seite der sogenannten „neuen Ostpolitik". Die andere Seite ist die, daß die westdeutschen Imperialisten hoffen, ihren Einfluß in Osteuropa verstärken zu können, um so ihren revanchistischen Zielen näher zu kommen.

In der Verfolgung dieser Politik schreckt der westdeutsche Imperialismus vor keinem Verbrechen zurück:

- Aus hemmungsloser Profitgier und Machtstreben unterstützt er nicht nur die Kriegsvorbereitungen des USA-Imperialismus, sondern auch die des russischen Sozialimperialismus.
- Wie die beiden Supermächte wollen auch die westdeutschen Imperialisten die Werktätigen der Bundesrepublik und Westberlin und die Werktätigen der DDR gegeneinander in den Krieg hetzen.
- Bis zum Jahre 2005 haben die westdeutschen Imperialisten der Besetzung Westdeutschlands durch die USA-Besatzertruppen zugestimmt. Jedes Jahr preßt Bonn den westdeutschen Werktätigen mehr Steuergelder zur Finanzierung der US-Besatzer ab.
  Der westdeutsche Imperialismus unterstützt die Strategie der US-Kriegsplaner im Pentagon, im Falle eines Vorrückens der sowjetischen Truppen Westdeutschland entsprechend der Taktik der verbrannten Erde völlig zu zerstören. Sie unterstützen dabei auch Nato-Pläne, nach denen taktische Atomwaffen in Westdeutschland eingesetzt werden sollen.
- Die westdeutschen Imperialisten tun nichts, um das Volk auf den drohenden Krieg vorzubereiten. Im Gegenteil: mit Entspannungs- und Abrüstungsphrasen versucht die Bundesregierung, die Wachsamkeit der Werktätigen einzuschläfern. Nicht nur der USA-Imperialismus, sondern auch der russische Sozialimperialismus werden von ihr als „friedliebend" hingestellt.
- Während ständig für zig Milliarden Aggressionswaffen gekauft werden, um die Bundeswehr für die USA-Strategie schlagkräftiger zu machen, geschieht nichts für den Schutz der westdeutschen Bevölkerung. Rechnet man z.B. alle Bunker, Luftschutzräume und Unterstände zusammen, so bieten sie Platz für 2,3% der Bevölkerung. Die Kapitalisten und ihre Regierung haben natürlich ihre Bunker, wenn sie es nicht im Ernstfall ohnehin vorziehen, nach den Bahamas abzuhauen. Die westdeutschen Werktätigen aber wären im Kriegsfall schutzlos den Bomben- und Raketenangriffen der russischen Sozialimperialisten und der Taktik der verbrannten Erde der USA-Imperialisten ausgeliefert.

Wie muß man gegen die Kriegsgefahr kämpfen?

Der Frieden kann nur im revolutionären Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus und sein Vasallenregime in der DDR und gegen den USA-Imperialismus und seine westdeutschen Handlanger und Komplizen verteidigt werden. Wie aber soll man kämpfen? – „Gewaltlosigkeit! Zerbrecht die Gewehre!" schreien die modernen Revisionisten der D„K"P/SEW. Lassen sich die imperialistischen Kriegstreiber durch solche pazifistischen Losungen in ihren Kriegsvorbereitungen aufhalten? Sicher nicht. Solche Losungen machen die Arbeiterklasse und alle Kämpfer gegen den imperialistischen Krieg wehrlos. Die modernen Revisionisten wollen den revolutionären antiimperialistischen Kampf sabotieren, abwürgen und verhindern, daß sich ihm viele anschließen. So rufen die D„K"P-Revisionisten die Jugendlichen auf, den Wehrdienst zu verweigern. Wozu führt es, wenn gerade revolutionäre, antiimperialistische und antimilitaristische Jugendliche sich weigern, in die Bundeswehr zu gehen? Die Folge ist doch, daß der revolutionäre Kampf in der Bundeswehr geschwächt wird und das nützt allein den Imperialisten. Wem nützt es, wenn die Arbeiterjugend nicht lernt, wie man die Waffen bedienen muß? Auch das nützt wiederum nur den Imperialisten; denn eine Arbeiterklasse, die nicht über die nötige Kenntnis im Umgang mit den Waffen verfügt, wird niemals die sozialistische Revolution durchführen können.

Die pazifistischen Losungen der modernen Revisionisten bedeuten Verrat an den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse und am Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Jeder Jugendliche, der gegen den Imperialismus und den imperialistischen Krieg kämpfen will, muß erkennen, daß es notwendig ist, den antimilitaristischen Kampf in der Bundeswehr zu führen, daß es notwendig ist, in der Bundeswehr den Umgang mit den Waffen zu lernen. Wer den Krieg abschaffen will, muß das Gewehr in die Hand nehmen. Dieser Wahrheit muß jeder, der gegen den imperialistischen Krieg kämpfen will, begreifen. Denn letztlich gibt es nur einen Weg, die Gefahr imperialistischer Kriege zu bannen: der Sturz und die Zerschlagung des Imperialismus durch die gewaltsame sozialistische Revolution. Wie man ein Unkraut nicht ausrotten kann, wenn man die Wurzeln im Boden läßt, so kann man den imperialistischen Krieg nicht grundlegend bekämpfen, wenn man nicht sieht, daß der Sturz des Imperialismus durch die sozialistische Revolution auch der Hauptweg zur Verhinderung imperialistischer Kriege und zur Erhaltung des Friedens ist.

Deshalb ist es auch im Kampf gegen einen neuen Weltkrieg, der gegenwärtig hauptsächlich durch den Kampf der beiden Supermächte um die Weltherrschaft droht, die wichtigste Aufgabe der Arbeiterklasse, sich für die sozialistische Revolution zu rüsten. Wir müssen dafür kämpfen, daß die proletarische Revolution den Kriegstreibern zuvorkommt. In Westdeutschland muß die Diktatur der Bourgeoisie zerschlagen, die US-Besatzer und alle ausländischen Truppen verjagt und die Diktatur des Proletariats errichtet werden. In der DDR muß die Herrschaft des russischen Sozialimperialismus und der neuen ostdeutschen Bourgeoisie gestürzt, die sozialimperialistischen Besatzer vertrieben und die Diktatur des Proletariats wiedererrichtet werden. Ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland – das ist der größte Beitrag, den die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk zur Verteidigung des Weltfriedens leisten können.

Der Weg dahin wird sicher nicht kurz und leicht, sondern lang, kompliziert und hart sein. Wir kämpfen für die Verhinderung des drohenden Krieges. Aber die Kriegsgefahr verschärft sich sehr schnell. Es ist möglich, daß ein neuer Weltkrieg ausbricht, bevor in Deutschland die proletarische Revolution gesiegt hat. Auch auf diese Möglichkeit müssen wir uns vorbereiten. Wir werden uns nicht in einem imperialistischen Krieg zwischen den beiden Supermächten für die Interessen des USA-Imperialismus und seiner westdeutschen Handlanger und Komplizen und des russischen Sozialimperialismus und seiner ostdeutschen Vasallen als Kanonenfutter verheizen lassen. Sollten die Supermächte stur einen solchen Krieg vom Zaun brechen, werden wir diesen imperialistischen Krieg den revolutionären Krieg gegen die imperialistischen und sozialimperialistischen Kriegstreiber, für den Sturz des Kapitalismus in ganz Deutschland, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland entgegensetzen.

Demonstriert mit uns am Roten Antikriegstag unter den Losungen:

Krieg dem imperialistischen Krieg!

Nieder mit den beiden Supermächten, den Hauptkriegstreibern auf der Welt!

Für die sozialistische Revolution in Ost und West! Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Aus aller Welt

NEUE KÄMPFE IN AZANIA



Der Kampf der schwarzen Bevölkerung gegen das rassistische Vorster-Regime, der in Soweto vor zwei Wochen einen neuen Aufschwung nahm, erfaßt immer weitere Teile des Landes. Inzwischen fanden machtvolle Demonstrationen in schwarzen Vororten von Johannesburg, Pretoria, Durban und Kapstadt, in Mafeking und Lichtenburg statt. Der Kampf, der von schwarzen Schülern und Studenten wieder aufgenommen worden war, erfaßt in immer breiterem Maß alle werktätigen Schwarzen. In der Nacht zum Donnerstag letzter Woche demonstrierten laut Angaben des Rassistenregimes 90 000 Menschen. In den Vororten von Kapstadt, wo die schwarze Bevölkerung in schwerer Armut und Elend leben muß, kam es dabei zu schwersten Straßenschlachten mit den bewaffneten Mörderbanden der Rassistenpolizei. In den Vorstädten Langa, Guguletu und Nyanga wurde von der Rassistenpolizei rücksichtslos Gebrauch von der Schußwaffe gemacht. Mit automatischen Feuerwaffen wurde in die Demonstrantenmenge geschossen, wobei über 50 Schwarze erschossen worden sein sollen. Weit über 100 Menschen wurden schwer verletzt. Mord und Terror des Rassistenregimes haben den Kampf der schwarzen Bevölkerung zu noch größerer Entschlossenheit getrieben. Auf mehrere Verwaltungsgebäude des weißen Rassistenregimes wurden im Verlauf der gewaltigen Demonstrationen Brandanschläge verübt, Polizeiwagen und Panzerwagen wurden in Brand gesteckt.

SPANIEN

Nachrichtenagenturen berichten, daß unmittelbar nach der Bekanntgabe der sogenannten „Amnestie" durch die monarcho-faschistische Juan-Carlos-Clique 40 politische Gefangene in Carrabanchel, überwiegend Militante der KP Spaniens/ML und der FRAP sowie der patriotischen Baskenorganisationen den Hungerstreik ausriefen. In einer Erklärung brandmarkten sie diesen neuen Amnestie-Betrug und bezeichneten ihn als einen Hohn für das spanische Volk. Sie forderten die bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen. In der Erklärung fordern sie abschließend das spanische Volk auf, seinen Kampf um demokratische Freiheiten und für die Republik bis zum Sturz des Monarcho-Faschismus fortzusetzen.

PALÄSTINA

Die arabischen Einwohner am westlichen Jordanufer erweitern ihren Streikkampf und ihre Demonstrationen, ohne sich durch die brutale Gewalt und die Drohungen der israelischen Besatzer einschüchtern zu lassen. Machtvoll waren die in den letzten Tagen in den Städten Nablus, Hebron, Jerusalem und anderen Städten durchgeführten Demonstrationen. In Hebron und in Nablus errichteten die arabischen Einwohner Barrikaden und stießen mit den zionistischen Truppen zusammen. In Beershebe organisierten inzwischen einige tausend Menschen eine Großkundgebung, auf der sie ihre Entschlossenheit zum Ausdruck brachten, um die Pläne der Tel Aviver Zionisten-Führung für die Hebräisierung der besetzten arabischen Territorien zu bekämpfen. Die Einwohner dieser Stadt erklärten, sie werden nicht gestatten, daß israelische Kubuzzim in ihrem Gebiet gebaut werden. Auch forderten sie die Freilassung der in letzter Zeit verhafteten arabischen Einwohner. Diese Araber waren festgenommen worden, weil sie sich den Annexionsplänen der israelischen Zionisten zur Wehr gesetzt hatten.

ISRAEL

Daß das faschistische Regime der Zionisten in Israel und das rassistische Vorster-Regime in Südafrika aus dem gleichen Holz geschnitzt sind, zeigt sich auch in ihrer engen Zusammenarbeit. Einem israelischen Rundfunkbericht zufolge bauen die israelischen Zionisten zur Unterstützung des weißen Rassistenregimes vier Lenkwaffen-Schnellboote mit Kanonen und Raketen bestückt. Techniker und Soldaten der Rassistenarmee werden bereits in Israel von den Zionisten ausgebildet.

STILLER OZEAN

Der Raum des Stillen Ozeans hat seit langem den Appetit der beiden imperialistischen Supermächte, der USA und der Sowjetunion, gereizt. Jede der beiden versucht in Rivalität miteinander ihren Einfluß und das politische, wirtschaftliche und militärische Eindringen zu erweitern. Im Rahmen dieser Absichten bemüht sich die Sowjetunion, auch in den Süden des Stillen Ozeans vorzudringen. Dazu hat Moskau Techniker und Ingenieure entsandt, um den Hafen, die Werft und den Flughafen des Königreiches Tonga, im Stillen Ozean, zu erweitern. Im Austausch dafür haben die sowjetischen Sozialimperialisten verlangt, daß sie eine Versorgungsbasis für ihre Militär- und Fischereiflotten erhalten, die ständig im Stillen Ozean kreuzen. Gleichzeitig haben sich auch die US-Imperialisten für die zahlreichen Verbände ihrer 7. Flotte verschiedene Stützpunkte gesichert, wie auf den Philippinen, in Japan und anderswo.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES DEMOKRATISCHEN KAMPUCHEA

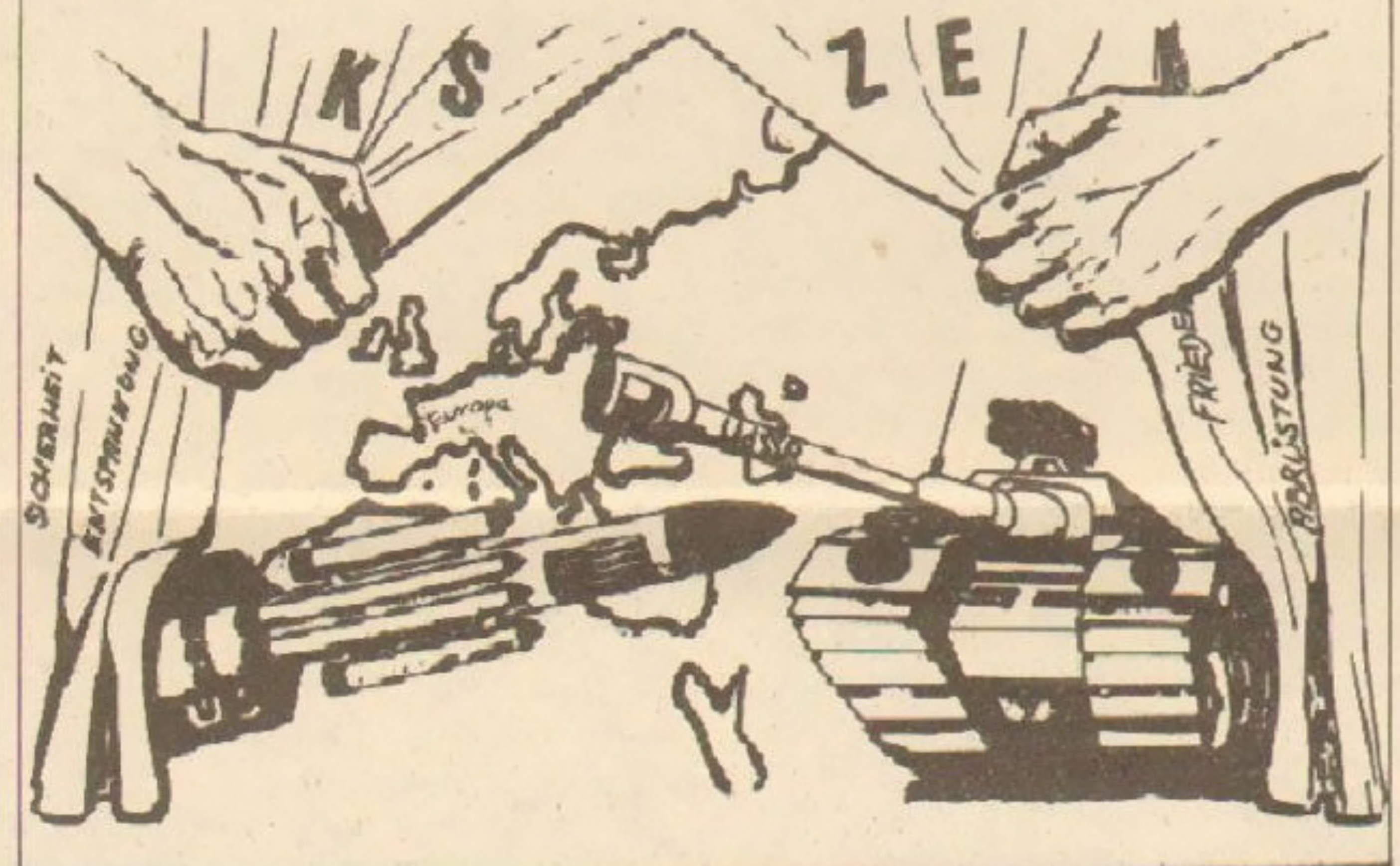
Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMPUCHEA

Radio Tirana zum 1. Jahrestag der KSZE

Entspannungsparolen sind pure Demagogie

Den ersten Jahrestag der Konferenz von Helsinki über die sogenannte Europäische Sicherheit bemühte sich die revisionistische Propaganda dazu auszunutzen, um für die Politik der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten große Reklame zu machen. Eines der bevorzugtesten Themen dabei war, daß die Sowjetunion angeblich nach wie vor große Anstengung unternimmt, um die politische Entspannung mit der militärischen Entspannung zu verbinden. Die Zeitung „Iswestja" schrieb dieser Tage zu dieser Frage: „Die Sowjetunion tritt mit konkreten Vorschlägen auf, was die Verwirklichung der Entspannung auf dem politischen Gebiet betrifft. Die Entspannung und die Perfektionierung der Kriegsmittel", betonte dieses Blättchen ferner, „sind unversöhnbar".

Es stimmt, daß sie unversöhnbar sind, wie auch die Worte und die Taten der sowjetischen Sozialimperialisten und der US-Imperialisten unversöhnbar sind, die jeden Tag einen Lärm über die politische und militärische Entspannung schlagen, die Spannung aber stündlich selbst anschüren. Wo bleiben die feierlichen Versprechungen Breschnews und Fords, wonach Europa ruhig schlafen kann? Unzählige Tatsachen zeigen, daß nach Helsinki sowohl die politische als auch die militärische Spannung auf unserem Kontinent angeschürt und die amerikanische und sowjetische militärische Drohung wie noch nie zuvor verstärkt wurde.



Die sowjetischen Sozialimperialisten, die sich als Bannerträger der sogenannten Ergänzung der politischen Entspannung durch die militärische Entspannung sowohl in Europa, als auch auf der ganzen Welt aufspielen, haben eine fieberhafte militärische Tätigkeit während des ganzen Jahres entfaltet. So verstärkten sich die sowjetischen Garnisonen in den Ländern Osteuropas mit weiteren 100.000 Soldaten, und dies wurde durch die Erhöhung der Zahl der Raketen, der Flugzeuge und der Panzer der Sowjetunion in diesen Ländern begleitet. Zudem verbesserten die sowjetischen Sozialimperialisten die strategischen Straßen und Eisenbahnen in diesen Ländern. Sie errichteten neue Basen von Raketen und Flugzeugen wie in der DDR, in Ungarn, Bulgarien und anderswo. Die sowjetischen Garnisonen in Ungarn übertreffen, was die Truppenzahl und die Schlagkraft der Ausrüstungen betrifft, die einheimische Armee.

Die Tinte der Unterschrift Breschnews auf dem Dokument von Helsinki war noch nicht getrocknet, und schon führten die sowjetischen Sozialimperialisten ihre großangelegten Militärmanöver durch wie im Kaukasus, auf dem Barentmeer, im Stillen Ozean und anderswo. In diesem Jahr, nach der Konferenz von Helsinki, ließen die sowjetischen Marschälle in jedem Ozean der Welt neue Raketentests durchführen. Auch führten die sowjetischen Sozialimperialisten etwa 20 machtvolle Atomwaffenversuche durch, um diese Waffen weiterhin zu perfektionieren. Es ist kein Monat vergangen, in dem der sowjetische Sozialimperialismus und der US-Imperialismus keine großangelegten Boden-, Luft- und Seemilitärmanöver auf unserem Kontinent durchgeführt haben. Und gerade dieser Tage, da die revisionistische Propaganda sich müde schreit, und für die Ergänzung der sogenannten politischen Entspannung mit der militärischen Entspannung Reklame macht, nahmen die sowjetischen Sozialimperialisten Raketenversuche auf dem Barentmeer vor. Und am selben Tag, da das Blättchen „Iswestja" Entspannung und die Perfektionierung der Kriegsmittel als unversöhnbar bezeichnete, gab die Nachrichtenagentur TASS zwei weitere unterirdische Atomversuche in Semipalatinsk und im Norden des Kaspischen Meeres bekannt. Also haben die beiden Supermächte nicht nur keinen einzigen Soldaten und keine Ausrüstung reduziert, sondern sie haben diese im Gegenteil fühlbar verstärkt, um die Militärkontrolle über die europäischen Länder weiterhin zu verstärken.

Nach Helsinki gab es nur eine Veränderung, die Moskau als ersten Schritt in Richtung der militärischen Entspannung preist. Bevor Moskau und Washington ihre Atomversuche durchführen, geben sie sie öffentlich bekannt und laden auch Beobachter dazu ein. Dies ist ein Betrug, der in keiner Verbindug mit einer ernsten praktischen Verpflichtung für militärische Entspannung steht. Das Übel liegt nicht an der Bekanntgabe oder Nichtbekanntgabe der Militärmanöver, sondern an der Durchführung und den aggressiven Zielen, die die beiden Supermächte damit verfolgen, an der imperialistischen Politik Washingtons und Moskaus und an den imperialistischen Anmaßungen gegenüber den europäischen Ländern. Die sowjetischen Sozialimperialisten können noch so viel Tinte und Papier verbrauchen, um die Welt zu überzeugen, daß sie für eine militärische Entspannung neben der politischen Entspannung sind. Aber es geht dabei nur um eine Farce, die ausgelöst wird, um die europäischen Völker irrezuführen. Gerade nach der Konferenz von Helsinki intensivieren die beiden Supermächte ihre Intervention im Libanon, indem sie dort die Flammen des Krieges anschüren und die Situation im Nahen Osten und im Mittelmeerbecken noch mehr zuspitzen, die in direkter Weise auch Europa bedroht.

Der Rummel um die Entspannung, ob politische oder militärische, der von den endlosen Abrüstungstagungen, von der Konferenz der sogenannten Truppenreduzierung, von den SALT-Verhandlungen und anderem mehr begleitet wird, wird nur dafür gemacht, um die aggressive, expansionistische und hegemonistische Politik der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu tarnen und die Gewaltanwendung durch diese beiden Supermächte im internationalen Leben zu verdecken. Die beiden Supermächte können objektiv weder auf die politische, noch auf die militärische Entspannung hinarbeiten, so wie sie auch nicht auf die Abrüstung oder auf die Truppenreduzierung in Europa hinarbeiten können. Solange die Sowjetunion in Zusammenarbeit und in Rivalität mit den Vereinigten Staaten sich bemüht, die Vorherrschaft über die Welt zu erlangen, wird sich ihre Außenpolitik nach wie vor und immer stärker auf die Waffengewalt stützen. Die Tatsachen zeigen, daß überall wo es Spannung gibt, die beiden Supermächte militärisch anwesend sind. Im Zentrum Europas, im Mittelmeerbecken, im Nahen Osten, und auf dem Indischen Ozean, überall dort, wo die Hegemonieinteressen der beiden Supermächte aufeinanderprallen, ist auch die militärische Spannung ständig da. Außerhalb dieser Wahrheit ist alles andere pure Demagogie und nur ein Versuch, die Völker zu betrügen, ihre revolutionäre Wachsamkeit zu schwächen, sie zu zwingen, auf die Verteidigung ihrer nationalen Lebensinteressen zu verzichten, sie zu entwaffnen.

Daß die Konferenz von Helsinki zurecht „Unsicherheitskonferenz" genannt wird, zeigt sich deutlich anhand des Ringens beider Supermächte um Weltherrschaft, das nach der Konferenz vom 1. August 1975 nicht geringer geworden ist, sondern sich verschärft hat und in zunehmendem Maße zu einer wachsenden Kriegsgefahr führt.
Hier nur einige Beispiele dafür:

- Um Angola, das sich vom portugiesischen Kolonialismus die Unabhängigkeit errungen hatte, haben beiden Supermächte einen wilden Kampf um Einflußsphären und Vorherrschaft geführt. Heute ist Angola von kubanischen Söldnern im Dienst des russischen Sozialimperialismus besetzt.

* * *

- Im Libanon schüren sowohl die russischen Sozialimperialisten wie auch die US-Imperialisten die Spannungen, liefern Waffen und schüren vor allem die konterrevolutionären Kräften gegen das palästinensische Volk und seinen Befreiungskampf.

* * *

- Auch auf dem Balkan haben beide Supermächte dazu beigetragen, die Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei zu verschärfen, um darauf ihr Süppchen zu kochen.

* * *

- Immer wilder haben beide Supermächte während des letzten Jahres aufgerüstet. Im Finanzjahr 1975/76 betrug der Kriegshaushalt der USA 112 Mrd. Dollar, der der Sowjetunion 100 Mrd. Dollar. Der Militärhaushalt der russischen Sozialimperialisten wird für 76/77 auf 117 Mrd. Dollar gesteigert werden.

* * *

- Entsprechend haben beide imperialistische Supermächte ihre aggressiven Kriegsblöcke in Europa, die Nato und den Warschauer Pakt verstärkt. In Mitteleuropa betragen die Nato Truppen gegenwärtig 770 000 Mann, die des Warschauer Paktes 925 000 Mann. Sowohl Nato wie Warschauer Pakt haben seit der Konferenz von Helsinki ein Kriegsmanöver nach dem anderen durchgeführt. Insbesondere die unterirdischen Kernwaffenversuche beider Supermächte haben fast Woche für Woche stattgefunden.



Spanien Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!
Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Türkei



DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

II. Parteitag der KP Honduras/ML

Vom 1. bis 3. Mai dieses Jahres hielt die Kommunistische Partei Honduras/Marxisten-Leninisten ihren II. Parteitag ab. Auf dem Parteitag wurden ein neues Programm und ein neues Statut der Partei angenommen, wurde die gegenwärtige Lage im Inland und in der Welt studiert, ein neues Zentralkomitee gewählt und eine Botschaft an das Volk von Honduras verabschiedet.

Honduras, das in Mittelamerika liegt, ist ein kleines, von Kolonialisten und den US-Imperialisten geplündertes armes Land. 70% der rund 2,9 Millionen Menschen umfassenden Bevölkerung leben auf dem Lande. Angebaut werden vor allem Bananen. Noch bis vor kurzem verfügten die großen US-Monopole wie United Brands und Standard Fruit zu 80% über die Bananenplantagen des Landes. Alle Beschlüsse über die Produktion und den Verkauf der Bananen wurden in den Büros Bostons, New Yorks, San Franciscos und anderer amerikanischer Städte getroffen. Doch der Druck des Volkes auf die Regierung wuchs so stark an, daß Präsident Juan Alberto Melgar Castro sich schließlich im Oktober letzten Jahres gezwungen sah, alle Verträge und Konzessionen mit ausländischen Gesellschaften zur Ausnutzung der Bananenplantagen zu annulieren. Dennoch verfügen die US-Monopole über einen starken Einfluß im Land und suchen gemeinsam mit Großgrundbesitzern und der Großbourgeoisie in jeder Weise gegen das Volk vorzugehen.

Der Kampf der Bauern und Landarbeiter jedoch ist immer mehr angewachsen gegen die unbarmherzige Ausbeutung durch die Großgrundbesitzer. 667 reiche Familien des Landes verfügen über drei mal mehr Boden als 121 000 Bauernfamilien, die in Hunger und Armut leben. Bereits im letzten Jahr hatten sich 10 000 Bauern in vielen Gegenden des Landes erhoben und über 100 Plantagen besetzt. Auch im Mai dieses Jahres griffen in vier Provinzen des Landes, in Comayagua, in Olancho, in Cortes und Ocotepecue große Bauernmassen Plantagen der Großgrundbesitzer an mit der Forderung, den Boden demjenigen zu geben, der ihn bebaut.

Diesem Kampf Richtung und Ziel zu geben, spielt die Kommunistische Partei Honduras/Marxisten-Leninisten eine zunehmende Rolle. Seit ihrer Gründung im Jahr 1974 hat sie den Aufbau der Partei vorangetrieben und gefestigt und immer mehr die Verbindung mit den Massen gestärkt. Ausdruck davon ist auch die Botschaft des II. Parteitages an das Volk von Honduras. Eine Zusammenfassung dieser Botschaft, die wir im folgenden abdrucken, haben wir der „Peking Rundschau“ Nr. 29/76 entnommen.

Die Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei von Honduras hielt vom 1. bis 3. Mai dieses Jahres ihren II. Parteitag ab. Auf dem Parteitag wurden ein neues Programm und ein neues Statut der Partei angenommen, wurde die gegenwärtige Lage im Inland und in der Welt studiert, ein neues Zentralkomitee gewählt und eine Botschaft an das Volk von Honduras veröffentlicht.

Die Botschaft weist darauf hin, daß sich die innere Krise von Honduras von Tag zu Tag verschärft und daß sich der Klassenkampf vertieft. Die US-amerikanischen Konzerne, die Latifundisten und die große Kompradorenbourgeoisie verschwören sich, um eine faschistische Diktatur zu errichten und um die elementaren Rechte der Werktätigen zu beseitigen. Doch die breiten Massen des Volkes von Honduras fordern demokratische Änderungen, die Beseitigung des Systems der Latifundien, die Achtung und Ausweitung der Rechte der Arbeiterklasse, die Wiedergewinnung der von den Yankee-Konzernen in Besitz gehaltenen Ressourcen und die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts als erste Schritte in Richtung zukünftiger revolutionärer Umwandlungen und die Erringung der vollen Souveränität und nationalen Unabhängigkeit des Landes.

Der II. Parteitag ruft alle politischen und gesellschaftlichen Organisationen des Landes auf, die Verteidigung der Interessen des Volkes und der Nation als grundlegendes Ziel zu betrachten, „eine nationale Front mit einer breiten Massenbasis zu bilden, die faschistischen Pläne der Ultrarechten zu vereiteln und auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms demokratischer Forderungen für die vom honduranischen Volk dringend verlangten Änderungen in den verfaulenden Strukturen und Institutionen des Landes zu kämpfen“.

Die Botschaft unterstreicht, daß „Imperialismus, Sozialimperialismus und Kolonialismus – die grausamsten Feinde der Menschheit – ihrem totalen Zusammenbruch entgegengehen, während die Völker durch machtvolle nationale und Klassenkämpfe neue Siege erringen und unwiderstehlich zur Erringung und Festigung der nationalen Unabhängigkeit, zur Verwirklichung demokratischer Veränderungen und zur Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft vorwärtsschreiten“.

Die Botschaft stellt fest, daß die Vereinigten Staaten trotz ihres Verfalls, der sie strategisch in die Defensive gedrängt hat, ihre aggressive, expansionistische und ausbeuterische Natur beibehalten und die Quelle von Aggressionen und Kriegen bleiben“. „Der sowjetische Sozialimperialismus ist Teil des imperialistischen Weltsystems. Er ist von den gleichen Gesetzen regiert, hat die gleiche ökonomische Basis, verfolgt die gleichen expansionistischen und Ausbeutungsziele wie der kapitalistische Imperialismus. Sozialimperialismus und Imperialismus sind in ihrem Wesen identisch. Der sowjetische Sozialimperialismus wird von zahlreichen ihm innewohnenden Widersprüchen erschüttert; er befindet sich ebenso in der Krise, er zersetzt sich und ist dem Tod geweiht. Der Sturz der revisionistischen bürokratischen Bourgeoisie, die proletarische Revolution und die Wiederherstellung der Diktatur des Proletariats sind die Ziele, die die Arbeiter, die Bauern und die Volksmassen aller Nationalitäten der Sowjetunion auf die Tagesordnung gesetzt haben.“

„Das Ringen zwischen den zwei Supermächten, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, hat imperialistischen Charakter. Es kann zum Ausbruch eines neuen Weltkriegs führen.“

„Die Dritte Welt, die sich aus rückständigen und Entwicklungsländern in Lateinamerika, Asien und Afrika zusammensetzt, ist als eine mächtige revolutionäre Kraft unserer Zeit hervorgetreten.“

„Die Große Proletarische Kulturrevolution in China ist das Mittel, mit dem die chinesischen Kommunisten und das chinesische Volk unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats und des Aufbaus des Sozialismus die Revolution weiterführen. Durch diese Revolution haben sie die Versuche des Revisionismus und der Bourgeoisie, die Macht an sich zu reißen und den Kapitalismus wiederherzustellen, zunichte gemacht, tiefgehende Umwandlungen im Überbau und an der Basis der sozialistischen Gesellschaft Chinas erreicht, die revolutionäre Diktatur des Proletariats gestärkt und den Sozialismus gefestigt.“

Die Botschaft erklärt, daß der von der Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei von Honduras seit ihrer Gründung geführte Kampf gegen den Revisionismus die Partei gestärkt und sie zu größerer ideologischer Festigkeit und größerer Einheit geführt hat.

Abschließend heißt es darin: „Bei dieser Gelegenheit bekräftigt die Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei von Honduras ihre unerschütterliche Entschlossenheit, gegen Imperialismus, Reaktion und Revisionismus, für die ökonomischen und sozialen Forderungen und demokratischen Rechte der arbeitenden Massen, für die Befreiung Honduras von der Einmischung durch den US-Imperialismus bzw. von der Abhängigkeit von ihm, für die zukünftige Errichtung des Sozialismus in unserem Land und für die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für die Beseitigung aller Klassenausbeutung und nationalen Ausbeutung zu kämpfen.“

Nordirland

Barrikaden in Belfast und Derry

Vor fünf Jahren ermächtigten sich die britischen Imperialisten in Nordirland per Gesetz, jeden Menschen ohne richterlichen Beschluß und Gerichtsverfahren einsperren zu können. Tausende von nordirischen Patrioten wurden auf diese Weise von den britischen Besatzern in die Gefängnisse und KZs geworfen. Viele von ihnen wurden gefoltert, einige so schwer, daß sie an den erlittenen Mißhandlungen starben. Dennoch wurden sie, entsprechend den britischen Gesetzen, als politische Gefangene betrachtet und behandelt. Das soll jetzt anders werden. Für die britischen Besatzer wird es in Zukunft keine politischen Gefangenen in Nordirland mehr geben, sondern nur noch „Verbrecher“ und „Kriminelle“.

Die nordirischen Werktätigen haben diese Provokation der britischen Besatzer gegen die Patrioten aus ihren Reihen – eine Provokation, die bekanntlich aus dem Arsenal Hitlers stammt, der alle, die sich gegen den Faschismus auflehnten, als „kriminelle Elemente“ zu bezeichnen pflegte – mit einer neuen Welle des Kampfes gegen ihre Unterdrücker beantwortet.

Nachdem schon in den Tagen zuvor in den Armenvierteln von Belfast immer wieder machtvolle Demonstrationen und Kundgebungen stattgefunden hatten, versammelten sich am Abend des 8. August über 3 000 Menschen in Belfast zu einer Großkundgebung. Auf dieser Kundgebung rief eine der Führerinnen der nordirischen Patrioten die werktätigen Massen auf, im Kampf gegen die britischen Imperialisten niemals nachzulassen, sie vom nordirischen Boden endgültig und für immer zu verjagen und ihre Heimat zu befreien. Angespornt von dieser Rede und vom Haß auf ihre Unterdrücker formierten sich die Teilnehmer der Kundgebung zu einer machtvollen Demonstration. Als britische Besatzungssoldaten die Demonstration angriffen und neuartige Plastikkugeln in die Menge schossen, kam es zum offenen Kampf. Die Demonstranten errichteten Barrikaden aus brennenden Autos und kämpften erbittert gegen die britischen Söldner. Sie bewarfen sie mit Molotowcocktails und setzten ein Gebäude in Brand. Die Kämpfe setzten sich auch in den nächsten Tagen fort und erreichten einen neuen Höhepunkt, nachdem bekanntgeworden war, daß die britischen Besatzer die Führerin der Patrioten verhaftet hatten.



Belfast, Falls Road: Im Kampf gegen die britischen Besatzer errichten die Demonstranten Barrikaden aus brennenden Autos.

In Belfast, Derry, Newry und anderen nordirischen Städten wurden in den Straßen Barrikaden errichtet und erneut wurden die britischen Besatzer, an deren Seite erstmals 4 000 Söldner der faschistischen UDR (Ulster Defence Regiment) kämpften, mit Steinen und Benzinbomben überschüttet.

Während dieser Kämpfe ermordeten britische Soldaten in Belfast zwei kleine Kinder. Sie eröffneten das Feuer auf einen Wagen, in dem sie einige bekannte Patrioten erkannt hatten und töteten den Fahrer. Der führerlose Wagen raste auf den Bürgersteig und erfaßte eine 31jährige Hausfrau, die mit ihren drei Kindern am Straßenrand stand. Ihr gerade vier Wochen alter Sohn und seine achtjährige Schwester wurden dabei getötet. Dieser erneute Mord zeigt die ganze Brutalität der britischen Imperialisten in Nordirland. Die britischen Imperialisten haben in Nordirland nicht 25 000 Soldaten (auf 60 Einwohner ein Besatzungssoldat!) stationiert, um, wie sie behaupten, einen Religionskrieg zu schlichten. Sie unterdrücken die Bevölkerung mit grausamem Terror im Interesse der britischen und anderer ausländischer Imperialisten, der internationalen kapitalistischen Konzerne, die die nordirischen Werktätigen ausplündern. **Der Kampf, den die nordirischen Patrioten führen, ist der gerechte Kampf eines unterdrückten Volkes gegen seine Unterdrücker, die britischen Imperialisten, die nordirischen Reaktionäre, die mit den britischen Imperialisten zusammenarbeiten.**

Die nordirischen Patrioten wissen seit langem, daß sie, um sich zu befreien, zu den Waffen greifen müssen. Das ist die einzige Sprache, die die Imperialisten verstehen! Mit der Sympathie und der Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der nordirischen Werktätigen, erringen die Patrioten immer neue Erfolge im bewaffneten Kampf gegen die Besatzer. 25 000 Soldaten haben die britischen Imperialisten in Nordirland stationiert, sie ließen die City von Belfast einzäunen und schwer bewaffnen, sie durchsuchen die Häuser in den Armenvierteln der noririschen Städte, verhafteten hunderte und töteten erst unlängst 18 Einwohner Belfasts. Sie haben das ganze Land mit Kontrollstationen, Kasernen und Polizeiposten überzogen – aber die Patrioten versetzen ihnen dennoch Schlag auf Schlag. Einer unvollständigen Erfolgsbilanz der Patrioten zufolge wurden allein in letzter Zeit 250 britische Besatzungssoldaten getötet, eine Reihe von Polizeistationen und Militärposten gestürmt und Gebäude und Depots der Besatzer in die Luft gejagt.

„Der Kampf“, erklärten die nordirischen Patrioten kürzlich in einem Kommuniqué, „wird bis zur endgültigen Verjagung der britischen Kolonialherren fortgesetzt werden!“

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,23 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca.	1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

Aktionen gegen die NPD-Faschisten

Der 13. August ist seit Jahren für Parteien wie die CDU/CSU und die NPD ein Datum, an dem sie besonders massiv mit ihrer revanchistischen Hetze auftreten. „Weg mit der Mauer" und „Weg mit dem Faschismus in der DDR" sagen sie. Aber ihre Alternative dazu ist nicht ein Deutschland, das dem deutschen Volk gehören soll. Sie wollen ein Deutschland, das nicht nur im Westen, sondern auch im Osten in der Hand der Krupp, Thyssen und Siemens ist.

Wie schwer es ihnen fällt, mit ihrer Demagogie bei den Werktätigen zu landen, zeigt die Tatsache, daß in Westberlin trotz des Riesenpropagandarummels nur rund 6 000 Personen an den Kundgebungen der Jungen Union teilnahmen, zeigt die Tatsache, daß der NPD mit ihrer faschistischen Propaganda teilweise der offene Haß der Bevölkerung entgegenschlug. Die Partei hat in verschiedenen Städten auf die Provokationen der Faschisten geantwortet.

Frankfurt: Hier hatte die NPD zunächst einen Stand aufgebaut, eine Demonstration war angekündigt. Der Platz war von Polizei ringsum abgeriegelt. Als nach einiger Zeit, in der die Genossen der Partei gegen die Faschisten agitiert hatten, Eier flogen, wurden die Menschen, die auf dem Platz standen, brutal auseinandergetrieben. Dabei wurde ein Genosse schwer verletzt. An der Demonstration der Faschisten nahmen nur rund 30 Personen teil. Viel größer war das Polizeiaufgebot – mindestens 120 Polizisten. Dazu Genossen wurden festgenommen. Die Empörung der Bevölkerung war so groß, daß 20 bis 30 Passanten zusammen mit den Genossen vor dem Polizeipräsidium standen und die Freilassung der Gefangenen forderten.



Hamburg: Polizei schützt die Faschisten – Terror gegen die Revolutionäre



Hamburg: Genossen der Partei und andere Revolutionäre schlugen die Faschisten in die Flucht.

Wasserwerfer. Als besondere Provokation zog der Zug von Polizei und NPD am Büro der GRF vorbei. Hier kam es erneut zu Auseinandersetzungen, als ihnen aus einer Seitenstraße Farbbeutel entgegengeworfen wurden.

Münster: Auch in Münster ging die Polizei brutal gegen Genossen vor, die gegen einen NPD-Stand protestierten. Einzig und allein, um einen Genossen daran zu hindern, eine Rede zu halten, griff erst zivile, dann uniformierte Polizei ein. Zwei

Kiel: In Kiel gelang es den Genossen der Partei, einen Stand der NPD unbrauchbar zu machen. Hier konnte man anschließend an die Aktion Polizeiwagen sehen, die mit Teilnehmern der NPD-Kundgebung auf der Suche nach Genossen durch die Stadt fuhren. Zwei Genossen wurden auf diese Weise festgenommen. Beide wurde auf der Wache von herbeigeholten Faschisten „identifiziert", obwohl sie bei der Aktion gar nicht dabeigewesen waren.

Opfer von Seveso ohne Hoffnung

Bald sechs Wochen nach der Giftgaskatastrophe von Seveso in Italien blicken die Bewohner dieser Region Italiens immer noch in eine trostlose Zukunft.

Weder werden sie über die tatsächlich bestehende Gefahr vollkommen aufgeklärt – so spricht man zwar davon, daß als „Spätfolge" Lungen-, Nieren- und Leberleiden auftreten könnten. Davon, daß bei ähnlichen, allerdings viel kleineren Verseuchungen, die mit TCDD auftraten, das Giftgas noch 11 Jahre später Todesopfer forderte (BASF) spricht man aber nicht.

Stattdessen werden skrupellos weitere Menschenleben direkt gefährdet, wie z.B. die der Arbeiter, die in die Fabrik geschickt werden, um dort hochgefährliches Gift für den Abtransport bereitzustellen.

Auch das Leben und die Gesundheit der Menschen, die nicht direkt in Seveso leben, wird weiterhin gefährdet. Zwar werden ihre Kinder tagsüber fortgefahren, weil die Gefahr zu groß ist, daß sie beim Spielen mit dem Giftgas in Berührung kommen. Aber von einer Evakuierung dieser Menschen redet niemand. Immer noch ist Vertuschen das oberste Gebot für die italienischen Behörden.

Geradezu ungeheuerlich aber klingt es, wenn man hört, was der italienische Staat für die Opfer des verbrecherischen La-Roche-Konzerns tut: Diese Familien, die Haus und Hof verloren, die nun mit einigen Koffern und ohne Arbeit dastehen, bekamen bis jetzt vom italienischen Staat 300 DM (als Familienvorstand) bzw. 150 DM (als Familienmitglied), sie leben immer noch provisorisch in Hotels, in den meisten Fällen getrennt von ihren Kindern. Zwar hat die Regierung als Sofortmaßnahme die Zahlung von 40 Millionen Lire (120 000 DM) für die Opfer beschlossen. Aber bis jetzt hat von dieser Summe, die sowieso nicht mehr ist als ein Tropfen auf den heißen Stein, kein Mensch einen Lira gesehen. Im Übrigen weiß man von den Erdbebenopfern in Sizilien, wieviel Verlaß auf solche „Sofortmaßnahmen" ist. Dort ist bis heute – acht Jahre nach dem Unglück – noch nichts geschehen.

Die Sorgen und Nöte der italienischen Werktätigen kümmern den Staat eben nicht. Für ihn sind sie nur lästig – als Kostenfaktor und als lebendige Anklagen gegen die verbrecherischen Praktiken kapitalistischer Monopole wie La Roche.

Unter Filbingers Fittichen

95.000 Eltern haben jetzt mit ihrer Unterschrift dagegen protestiert, daß ihre Kinder in Schleswig-Holstein kaum noch Unterricht haben. In anderen Bundesländern sieht es genauso aus: Unterricht für die Kinder ist schon fast ein Luxusartikel geworden; die Studenten treten sich in den Unis gegenseitig auf die Füße. Gleichzeitig werden immer mehr Lehrer arbeitslos. Und all das, weil angeblich kein Geld da ist.

Kein Geld? Für die Bildung nicht. Für andere Dinge schon.

So erhielten die Studenten an der Universität in Hohenheim (Wirtschaftswissenschaften) zu Anfang des Sommers plötzlich einen neuen Professor. Günter Rohrmoser, vorher. Professor an der Pädagogischen Hochschule in Münster. Weder die Studenten, noch der Lehrkörper der Universität hatte diesen Mann angefordert. Er wurde ihnen trotzdem geschickt, von Filbinger, dem Ministerpräsidenten von Baden Württemberg persönlich.

Während angeblich aus Geldmangel 61 bestehende Planstellen an der Universität gestrichen werden sollen, wurde für Herrn Rohrmoser nicht nur eine neue Planstelle geschaffen, sondern sogar ein neuer Lehrstuhl, ein neues Fach (Sozialphilosophie) an der Universität eingeführt. Als die Studenten empört fragten, was sie mit Sozialphilosophie an einer wirtschaftswissenschaftlichen Universität sollten, kam von der Landesregierung die salbungsvolle Antwort, wirkliche Bildung müsse von engstirnigem Fachdenken frei sein. Gut gesagt. Allerdings war es den Studenten bisher unmöglich, in den Genuß der Vorträge von Herrn Rohrmoser zu kommen. Er wurde nämlich vom ersten Tag seiner Bestellung an der Universität an beurlaubt – für den Wahlkampf der CDU/CSU. Das war nämlich der wirkliche Grund, warum die Landesregierung von Baden Württemberg plötzlich Geld für einen Professor hatte – nicht etwa weil sie an die Bildung der Studenten dachte, sondern weil sich Rohrmoser bei der CDU mit markigen Sprüchen als Wahlkämpfer profiliert hatte. Und indem man Rohrmoser zum Professor machte, gewann man einen Wahlkämpfer, den der Staat bezahlte – mit einigen tausend Mark im Monat.

Wie man hört, soll Rohrmoser nach dem 3. Oktober seine Lehrtätigkeit aufnehmen. Viel Freude wird er daran nicht haben, die Studenten haben bereits jetzt angekündigt, daß sie diesen Schützling Filbingers entsprechend empfangen werden.

Salmonellen durch "Heil"-Nahrung

Über 80 Säuglinge in Frankfurt, davon viele gerade in einer Kinderklinik, sind an Durchfall erkrankt. Weitere Krankheitsfälle wurden aus Baden-Württemberg gemeldet. Schuld an ihrer Erkrankung ist eine „Heilnahrung" der Firma „Humana" in Herford. Bis jetzt steht fest, daß mindestens in den Großpackungen der Firma (mit der Kennzeichnung 04/76 900) Salmonellen des Typs Panama gefunden wurden. Kleinere Packungen in den Mengen, die normalerweise Mütter für ihre Kinder kaufen, wurden bisher noch nicht untersucht.

Die Landesregierung und die Stadt Frankfurt versuchen diesen Skandal herunterzuspielen. Natürlich denkt niemand daran, die Verbreitung dieses Präparats erst einmal insgesamt (und nicht nur in Frankfurt) zu stoppen bis klar ist, in welchem Umfang die „Heilnahrung" verseucht ist und die Ursache für die Salmonellen in dem Humanaprodukt gefunden ist. Stattdessen fordert man die Eltern auf, ihre Vorräte selbst zu „überprüfen" und gegebenenfalls zu vernichten! Kein Wort jedoch davon, daß die geschädigten Eltern das Geld von Humana wiederbekommen. Ja, noch nicht einmal der Verkauf der Baby-Nahrung über Apotheken, Drogerien, Kaufhäuser usw. wurde gestoppt. Zwar erklärte das Ordnungsamt der Stadt Frankfurt auf Nachfrage, eine Benachrichtigungsaktion der entsprechenden Stellen sei angelaufen – Apotheker, die gefragt wurden, wußten jedoch nichts davon.

Kurz gesagt: Wie schon so oft, stellt sich auch in diesem Fall der Staat schützend vor eine Firma, die ihren Profit höher stellt, als die notwendigen Kontrollen bei der Produktion und damit auch höher als die Gesundheit von Säuglingen und Kleinkindern.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. ......

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

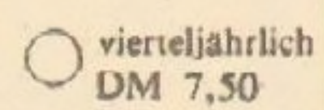
Plz/Ort: ....

Unterschrift .... Datum ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,– ○ halbjährlich DM 15,– ○ vierteljährlich DM 7,50



Die jeweiligen Gebühren sind im voraus zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00–465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911
Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden Ich bitte um Informationsmaterial ○
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr. 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 17.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.
LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 3, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30 Sa 9-13 Uhr.
LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr
Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030/46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.
51 **Aachen**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 75, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.
48 **Bielefeld**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
463 **Bochum**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-19.00, Sa 10-13 Uhr.
28 **Bremen** (Walle), Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
41 **Duisburg** 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
6 **Frankfurt**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Öffnungszeiten: Di-Fr 16.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.
23 **Kiel** 14 (Gaarden), „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431/74 762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
5 **Köln** 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
24 **Lübeck**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76 939. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.
44 **Münster**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/65 205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

HAMBURG
Dia-Vortrag über Albanien
20.8.1976, 19.30 Uhr
Gaststätte Jarrestadt, Jarrestr.

MÜNSTER
Veranstaltung zum Roten Antikriegstag,
28.8.1976, 20.00 Uhr
Ort bitte im Parteibüro erfragen

FRANKFURT
Veranstaltung zum Roten Antikriegstag,
28.8.1976, 16.00 Uhr
Haus Dornbusch

DARMSTADT
Filmveranstaltung der ROTEN GARDE
27.8.1976, 19.00 Uhr
Gaststätte Zur Kanne
„Ernst Thälmann, Sohn seiner Klasse"